MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Westfälische Tageszeitung

Der Westfale

Hauptgeschäftsstelle, Schriftleitung und Druckerei: Bispinghof 12a. Fernruf 105 und 1426. Drahtanschrift: Tageszeitung, Münsterwestf. Berliner Schriftleitung: Berlin S. W. 61, Blücherstraße 7II, Fernruf: Moritzplatz 4147.

Westfälische Handelszeitung. Einzelnummer 25 Pf.

Monats-Bezugspreis: Durch Boten frei in Haus gebracht oder durch die Post Mk. 5.—. — Anzeigenpreis: Ein Millimeter Höhe einspaltig im örtlichen Verkehr 40 Pfg., Bank-, behördliche und auswärtige Anzeigen 50 Pfg., Reklamen 250 Pfg. — Bei Platzvorschrift 10 Prozent Aufschlag. — Bei Konkursen oder gerichtlicher Eintreibung fällt Rabatt fort. — Erfüllungsort Münster i. W.

Nr. 84 | Münster i. W. Samstag, den 26. März | Jahrgang 191

Verhandlungen

Übergabe-Angebot der Eislebener Aufrührer — Gegen-Bedingungen der Behörden

Hörsing fordert: Abgabe der Waffen und des geraubten Gutes, Wiederaufnahme der Arbeit

* Magdeburg, 25. März.

Die kommunistischen Führer in Eisleben sind beim dortigen Kommandeur erschienen und haben um Verhandlungen über die Einstellung des Kampfes im ganzen Mansfelder Gebiet gebeten. Der Kommandeur lehnte auf Weisung des Herrn Oberpräsidenten jede Verhandlung mit den aufrührerischen Arbeitern ab und stellte folgende Bedingungen:

1. Die aufrührerischen Banden stellen sofort den Kampf ein, dann wird die Schutzpolizei nicht mehr schießen.

2. Alle Waffen und Munition sind sofort abzugeben. Diejenigen, die freiwillig abliefern, werden nicht nach ihrem Namen gefragt werden und auch nicht verfolgt. (?) Sämtliche Kraftwagen und sonstigen geraubten Sachen sind sofort zurückzugeben. Gestattet wird, daß die Behörden die Waffen einsammeln. Die Arbeit ist sofort in allen Betrieben wieder aufzunehmen.

Die erschienenen Kommunistenführer unter Führung des Redakteurs Bechstedt der „Mansfelder Volkszeitung" versprachen, bei ihren Leuten mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß die Bedingungen angenommen und vorbehaltlos befolgt werden.

* * *

Auf der Flucht

Magdeburg, 25. März.

Beim Oberpräsidenten lag gestern mittag folgender Bericht über die Lage im Aufruhrgebiet vor: Die Lage ist in Eisleben sehr bedrohlich. Die Gefechte dauern fort, überall Plünderung und Brände. Die mehrheitssozialistischen Führer haben wegen schwerster Bedrohung aus Eisleben flüchten müssen. Die Eisenbahnbrücke in Aßendorf an der Eisenbahnlinie Halle—Sangershausen wurde gesprengt.

Die mehrheitssozialistischen Führer schätzen die Waffen der Kommunisten bei Eisleben auf mindestens 40 Maschinengewehr und acht- bis zehntausend Gewehre und erklären, daß die übrige Bevölkerung schleunigst durchgreifende Maßnahmen mit schweren Kampfmitteln fordert.

In Oberröblingen und Stedten sind größere Brände beobachtet worden. Fremdländische Elemente führen überall die Bewegung. In Leuna ist die Lage sehr ernst. In Lauchhammer ist gestern Streik ausgebrochen. Bitterfeld wird voraussichtlich ebenfalls in den Streik treten.

Berlin, 25. März. (Eig. Drahtber.)

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, trifft die Meldung, daß der Kommunist Hölz verhaftet worden sei, nicht zu. Es handelte sich bei dem Verhafteten um einen anderen Kommunisten, der unter dem Namen des bekannten Banditen aufgetreten ist.

Münchener Stimmungsmache

tu. München, 25. März.

Die Kommunisten veranstalteten gestern abend eine Versammlung über die Vorgänge im Reich, wobei der Reichstagsabgeordnete Wendelin Thomas erklärte, daß eine revolutionäre Strömung durch das Land gehe. Er schloß mit der Aufforderung, den Staat zu töten. Es wurden Hochrufe auf die Kämpfe in Mitteldeutschland und auf die rote Armee ausgebracht.

Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die den Uebergang zum Gegenangriff auf der ganzen Linie fordert. In der Aussprache wurde für den Generalstreik Stimmung gemacht. Etwa 1000 Versammlungsteilnehmer veranstalteten unter Vorantragung roter Fahnen einen Straßenumzug, den die Schutzmannschaft zweimal vergebens aufzuhalten versuchte. Später konnte die Landespolizei eine Straßenabsperrung vornehmen. Teile der Demonstranten zogen vor das Verlagsgebäude der „Münchener Neuesten Nachrichten" und brachten Schmähruse auf die bürgerliche Presse aus.

Eine Mahnung der SPD. Essen

Essen, 25. März.

Eine Vertrauensmänner-Konferenz der Sozialdemokratischen Partei, Kreis Essen, nahm zu der augenblicklichen politischen Lage, insbesondere zu dem kommunistischen Putsch in Mitteldeutschland und einer von den Kommunisten geplanten Uebertragung auf das Ruhrgebiet Stellung. Die Konferenz war einmütig der Auffassung, daß die von Moskau befohlene kommunistische Aktion unter allen Umständen mit der größten Schärfe von der Arbeiterschaft bekämpft werden müsse. Alle Arbeiter wurden aufgefordert, Kundgebungen der VKPD. unter keinen Umständen zu unterstützen, im Gegenteil alle über die Gefährlichkeit solcher Aktionen aufzuklären. Die Entschließung fordert insbesondere den Kampf gegen Putsche, weil dadurch ein glücklicher Ausgang der gegenwärtigen Lohnbewegung der Bergarbeiter auf das schlimmste gefährdet wird.

Aus den Aufruhr-Zentren

Eisleben

Eisleben, 25. März. (Eig. Drahtb.)

Die Stadt Eisleben ist nach einer Meldung von zuverlässiger Seite völlig in der Hand der Schupo. Der Bahnhof, der ebenfalls in den Händen der Polizei ist, wurde gestern nachmittag von den umliegenden Höhen kräftig beschossen. (?)

Die Streikenden hatten in den Runddörfern Eislebens wie bei den letzten Kämpfen richtige Truppenaushebungen veranstaltet. Durch Trommelschlag wurde bekanntgemacht, daß sich alle Arbeiter vom 20. Lebensjahre ab, in manchen Gegenden sogar schon vom 15. Jahre an, bis zum Alter von 40 bis 50 Jahren zur Verfügung zu stellen hätten. Die neuen Rekruten wurden dann mit den versteckt gehaltenen Waffen versehen.

Eisleben, 24. März, 5 Uhr nachm.

Nach heftigen Kämpfen, die seit gestern abend andauerten und leider auch Opfer forderten, hat sich eine nicht unbeträchtliche Verstärkungstruppe hierher durchgeschlagen. Der Erfolg ist sichtbar. Um 2 Uhr nachmittags erschien die erste Patrouille der Polizeitruppen wieder in den Straßen, die in kurzer Zeit von herumlungernden Menschen gesäubert waren. Die neu eingetroffenen Truppen haben eine ganze Anzahl von Arbeitern als gefangen eingebracht, die ihnen als Spione der roten Armee entgegengeschickt waren. An dem in der Richtung auf Halle zu gelegenen Stadteingang hatten die roten Truppen Barrikaden errichtet, die jedoch kein wesentliches Hindernis darstellten. Die Gefangenen wurden sofort zum Aufräumen der Straßen verwendet.

Das Gelände östlich von Eisleben ist laut Meldung des „Eisleberner Tageblatts" von roten Banden frei. Der Bahnhof ist den Kommunisten entrissen und von der Schutzpolizei besetzt worden, ebenso ist der im Seminar untergebrachte Teil der Schutzpolizei befreit.

Merseburg, 25. März.

Selbst die regulären kommunistischen Führer rücken jetzt von den Streikenden ab. In der Besprechung des Oberpräsidenten im Ständehaus in Merseburg mit dem Gewerkschaftskartell erklärte der kommunistische Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, Hennig, die kommunistische Partei rücke von den Streikenden ab. Zwei übereifrige Führer, Kempin und Kroh, hätten die Massen aufgeputscht, so daß die anderen kommunistischen Führer selbst machtlos gewesen seien.

Hamburg

* Hamburg, 24. März.

Der Chef der Ordnungspolizei teilt uns mit: Gegen 3,30 Uhr nachmittags versuchten etwa 1500 Arbeiter der Vulkanwerft über den Roßdamm und über den Elbtunnel in die Stadt zu gelangen. Der Aufforderung, Halt zu machen, wurde nicht Folge geleistet. Vielmehr forderte ein Hetzer trotz des Ausnahmezustandes die Menge auf, gewaltsam den geschlossenen Zug zu durchbrechen. Als sich die Menge dazu verleiten ließ, mußte die Wache von der Schußwaffe Gebrauch machen. Hierbei hatten die Demonstranten etwa 4 Tote und 10 Verwundete. Dann wurde der Aufforderung, in kleinen Trupps weiter zu gehen, nachgekommen. Ein Teil der Menge zog über Wilhelmsburg und Veddel in die Stadt ein. Um 4,30 Uhr nachmittags wurde die Werft von aufrührerischen Elementen, die sich hinter Barrikaden zu verteidigen suchten, gesäubert. Bei deren Herausdrängen hatten die Aufrührer mehrere Verwundete. Sie zogen durch den Elbtunnel nach dem Millertor. Hier kam es zu einem Zusammenstoß mit der Absperrung. Der Zugwachtmeister Rädler von der ersten Hundertschaft der Ordnungspolizei wurde von rückwärts aus einem Hause erschossen. Als die Ordnungspolizei darauf zur Waffe greifen mußte, traten auf seite der Widerstand leistenden Menge schwere Verluste ein. Sie hatte etwa 18 bis 20 Tote und Verwundete. Kurz darauf kam es am Justizgebäude zu einem weiteren Zusammenstoß. Hierbei hatten die Demonstranten sechs Verwundete. Um 6,45 Uhr wurden die noch in der Vulkanwerft befindlichen Aufrührer hinausgedrängt. Abends 10 Uhr herrschte in der Stadt und am Hafen Ruhe.

tu. Hamburg, 25. März.

Lauffenberg und Wolfheim, die früher Mitglieder der KPD. und die ursprünglichen Gründer der KAPD. waren, veröffentlichen eine Erklärung, die durch Anschlag weiter verbreitet wird, und in der es u. a. heißt: Irrsinnige Verbrecher, die sich Kommunisten nennen, haben durch Ausbeutung der in revolutionären Zeiten üblichen Lockspitzelmethoden den Tod zahlreicher Menschen herbeigeführt. Die VKPD., hinter deren Namen sich Alt-Spartakus versteckt, hat noch nie das Recht gehabt, sich als Kommunisten zu bezeichnen. Es genügt nicht, diese verbrecherischen Elemente allein zu lassen, sondern sie müssen auch zur Verantwortung gezogen werden und zwar von der Arbeiterklasse selbst. Die verbrecherischen Elemente haben zur revolutionären Tat aufgerufen. In der gegebenen Situation, im Augenblick, ist nur eine revolutionäre Tat möglich, und das ist: Die revolutionäre Justiz an diesen Saboteuren und Marodeuren der Revolution.

Sachsen sichert sich

Dresden, 25. März.

Das Gesamtministerium nahm in seiner gestrigen Sitzung Stellung zu den verbrecherischen Gewaltakten der letzten Tage. Die Regierung ist überzeugt, daß die Anschläge in Sachsen und im übrigen Reiche die Einheitlichkeit und Planmäßigkeit des Vorgehens beweise. Die vom Minister des Innern bereits am 22. d. M. angeordneten Sicherungsmaßnahmen fanden die einmütige Billigung des Gesamtministeriums. Es wird mit den vorhandenen Machtmitteln alles geschehen, um weiteren verbrecherischen Anschlägen entgegenzuwirken und Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen. Der Ministerpräsident hat einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, in dem diese ersucht wird, alle notwendigen Maßnahmen der Behörden zu unterstützen.

Die Milliardenforderung

Die französische Antwort — Neue Drohungen

Paris, 25. März. (Eig. Drahtber.)

Der Wiederherstellungsausschuß hat gestern vormittag den Wortlaut der Antwort auf die deutsche Note vom 22. März wegen des Restbetrages der vor dem 1. Mai d. J. fälligen 20 Milliarden Goldmark endgültig festgelegt. Die Antwort ist in den ersten Nachmittagsstunden dem Mitglied der deutschen Kriegslastenkommission Herrn v. Oertze überreicht worden. Gleichzeitig wurde sie nach Berlin übermittelt.

In der Note wird gesagt:

1. Daß nach dem Vertrag von Versailles der Ausschuß allein den Wert der deutschen Lieferungen festzusetzen hat; 2. daß der Ausschuß aus dem Vertrag für sich das Recht herleitet, zu beurteilen, welche von den bis heute bewirkten Lieferungen auf die 20 Milliarden Goldmark des Artikels 235 anzurechnen sind; 3. daß weder Paragraph 9 noch Paragraph 10 der Anlage II zum Abschnitt VIII (worin davon die Rede ist, daß der Ausschuß alle Ausführungen und Beweise anzuhören hat, die von Deutschland hinsichtlich aller seine Zahlungsfähigkeit betreffenden Fragen vorgebracht werden, und daß der Ausschuß der deutschen Regierung nach Billigkeit Gehör schenkt) dem Ausschuß die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Regierung über die Bedingungen, unter denen diese oder jene Lieferungen auf die 20 Milliarden Goldmark des Artikels 235 angerechnet werden können, oder über deren Abschätzung anzuhören.

Aus Besorgnis, die wirtschaftliche Wiedererhebung Deutschlands zu verhindern, hat der Ausschuß solange wie möglich gewartet, in der Ueberzeugung, daß nach erfolgtem Meinungsaustausch die deutsche Regierung sich angelegen sein lassen würde, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um getreulich die Verpflichtungen zu erfüllen, die ihr nach Artikel 235 obliegen. Erst nachdem er festgestellt hat, daß dies nicht die Absicht der deutschen Regierung war, hat der Ausschuß von der ausdrücklichen Bestimmung des Vertrages Gebrauch gemacht und von Deutschland die Zahlung der schuldiggebliebenen 12 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai 1921 verlangt, wobei 1 Milliarde Goldmark bis zum 23. März übergeben werden sollte.

Das Verlangen, von dieser Summe 1 Milliarde Goldmark zum 23. März zu zahlen, hat der Ausschuß gestellt auf Grund der Gewißheit, daß Deutschland genügend Aktiven besitzt, um eine solche Zahlung zu leisten. Sorgsam bemüht, den Friedensvertrag in einem unverkennbare Geist der Billigkeit auszuführen, hat er nicht verfehlt, hinzuzufügen, daß er, was den Rest anlangt, damit einverstanden ist, alle vor dem 1. Mai 1921 ihm unterbreiteten Vorschläge in Betracht zu ziehen, die auf eine teilweise Ersetzung des Goldes und der ausländischen Devisen durch Warenlieferungen oder Uebertragung von mobilen Werten oder auch durch den Ertrag einer äußern Anleihe abzielen.

Der Ausschuß stellt fest, daß zur gleichen Zeit, wo die deutsche Regierung die gerechte Forderung, die ihr in Gemäßheit des Friedensvertrages gestellt worden ist, zurückweist, sie bezüglich der Bestimmungen des Artikels 235 und derjenigen des Paragraphen 12c zum Anhang II eine offenkundig ungenaue Auslegung vorbedingt. Man kann nicht, wie das die deutsche Regierung tut, behaupten, daß, wenn am 1. Mai 1921 ein Fehlbetrag festgestellt wird, die einzige Folge davon die Auswechselung der im Paragraphen 12c Absatz 1 der Anlage II zum Abschnitt VIII des Friedensvertrages vorgesehenen Anweisungen gegen verzinsliche Anweisungen entsprechend denen des Paragraphen 12c des Abschnitts II derselben Anlage sein könne. Die 20 Milliarden Anweisungen der Anlage II sind ein einfaches Schuldanerkenntnis und ausschließlich auf die allgemeine Wiederherstellungsrechnung anzurechnen. Die 20 Milliarden Goldmark aus Artikel 235 müssen in flüssigem Geld oder in gleichen Werten bezahlt werden und sollen dazu dienen, zunächst die Kosten der Besetzungsarmeen und die Deutschland gewährte Versorgung in Lebensmitteln und Rohstoffen zu bezahlen, zum Teil bis zur Höhe des Saldos der Wiederherstellungen. Nur der auf die Wiederherstellungsrechnung anzurechnende Teil kann zur teilweisen Amortisierung der 20 Milliarden der Anlage II verwandt werden. Die Bestimmungen der Anlage II, Paragraph 12d, Absatz 1 bezüglich der Ausgabe neuer Anweisungen ändern in keiner Weise die Verpflichtung Deutschlands aus Artikel 235.

Der gesamte Betrag der Schuld muß auf alle Fälle bezahlt werden, und die Nichtausführung dieser Bestimmungen wie jedes andere Versäumnis Deutschlands wird Zwangsmaßnahmen nach sich ziehen. Da Deutschland auf das Verlangen des Ausschusses mit einem Nein geantwortet und sich besonders geweigert hat, eine erste Anzahlung von einer Milliarde Mark zu leisten, hat der Ausschuß gemäß Paragraph 17, Anhang 2 des Abschnitts VIII des Friedensvertrages beschlossen, die Weigerung Deutschlands jeder der Verbandsmächte sofort zur Kenntnis zu bringen.

Die Note ist unterzeichnet von Dubois und Bradbury.

Basel, 25. März. (Eig. Drahtber.)

Unter den von Frankreich neuerdings vorgeschriebenen „Sanktionen" befindet sich nach dem „Petit Journal" auch diejenige daß alle preußischen Beamten im besetzten Gebiet zu entfernen seien. Das „Echo de Paris" erwähnt als neue Sanktionen die Aufhebung der Besetzungsfrist für die Rheinlande.

Genf, 25. März. (Eig. Drahtber.)

In Erwiderung der deutschen Antwortnote an die Wiederherstellungskommission führt die Pariser Presse

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

aus, daß die Ansicht der deutschen Sachverständigen für die Einschätzung der deutschen Leistungen, die von der Kommission vorgenommen wurde, bereits gehört worden sei. Diese Einschätzung sei also endgültig, und es könne keine Rede davon sein, nochmals eine Sachverständigenkonferenz über die Festsetzung der Schäden zu hören, da hierfür allein die Kommission zuständig sei. Weiterhin wird bemerkt, daß die deutsche Regierung die geforderte Zahlung von einer Milliarde Goldmark einfach übersähe, obwohl sie gegenwärtig über diesen Betrag sowohl in Gold wie in ausländischen Werten verfüge.

Paris, 25. März.

„Oeuvre" veröffentlicht Erklärungen einer hervorragenden Persönlichkeit des Reparationsausschusses über die im jetzigen Augenblick der genauen Prüfung unterliegenden französischen Schadensrechnung an Deutschland. Die Prüfung erfolge in Paris durch deutsche Sachverständige und Beamte. Von dem ursprünglichen Betrage von 240 Milliarden sei man bereits auf 218 Milliarden zurückgekommen. Diese Ziffer beruhe auf der am 12. Februar 1921 erfolgten schätzungsweisen Zusammenstellung der von den alliierten und assoziierten Mächte eingereichten Forderungen und werde noch weiter herabgesetzt werden.

Die deutschen Sachverständigen hätten dem Reparationsausschuß schon an die vierhundert Fragen vorgelegt, und sie hätten das Recht, weitere zu stellen bis zum 5. April, wo sie eine endgültige Denschrift unterbreiten würden. Am 12. April würde eine Plenarsitzung stattfinden, am 26. April die Diskussion geschlossen und am 27. April die endgültige Feststellung des Ausschusses getroffen werden Dann blieben noch drei Tage für die Schlußredaktion, und am 30. April würde der Beschluß den Deutschen notifiziert werden.

Die wesentliche Frage sei die Umrechnung in Gold sowohl bei den Personen- als Sachschäden. Der Frankenkurs schwanke, aber Frankreichs innere Schuld bleibe dieselbe, daher die Schwierigkeiten. Die Ziffer von 218 Milliarden werde voraussichtlich auf einen Betrag zwischen 150 und 200 Milliarden herabgesetzt werden und sich dann der Summe nähern, die in einem ersten Bericht des Vorsitzenden des Reparationsausschusses Dubois gestanden habe. Dubois sei für die Sachschäden auf 120 Milliarden, für die Personenschäden auf 60 Milliarden gekommen. Auf die Frage, ob nicht gewisse frühere Berichte auf einen Gesamtbetrag von 400 Milliarden und mehr hinausgelaufen seien, und wie es möglich sei, daß davon nur die genannten Summen übrig bleiben sollten, erhielt der Berichterstatter die Antwort, daß es sich immer nur um annähernde Ziffern handen könne, da keine genauen Vorarbeiten vorgelegen hätten.

*) **London**, 25. März.

„Daily Telegraph" zufolge herrschte in der City immer ein ziemlicher Skeptizismus bezüglich der Höhe des Betrages, den Deutschland bezahlen wird, so daß die Nachricht von der Nichtbezahlun der fälligen einen Milliarde Goldmark durch die deutsche Regierung und ihre Weigerung, die von der Reparationskommission vor dem 1. Mai geforderten 12 Milliarden zu bezahlen, wenig Ueberraschung hervorgerufen habe.

„Daily News" schreibt, die Forderung der Reparationskommission auf Bezahlung von 12 Milliarden innerhalb sechs Wochen sei grotesk und unmöglich. Die alliierten Sachverständigen in Brüssel und der Oberste Rat in Paris seien übereingekommen, daß das äußerste, was Deutschland augenblicklich zahlen könne, durchschnittlich drei Milliarden jährlich seien. Unmögliches zu fordern und Zwangssanktionen als Strafmaßnahmen für die Nichterfüllung aufzuerlegen, wäre die roheste und hoffnungsloseste Politik. Das beste sei eine Zusammenkunft der beiderseitigen Sachverständigen.

*) **Paris**, 24. März.

Das Syndikalistenblatt „Le Peuple" schreibt zu der deutschen Note an die Reparationskommission, Berlin verlange eine schiedsgerichtliche Entscheidung. Gerechterweise müsse man anerkennen, daß, wenn der Friedensvertrag der Reparationskommission allein die Sorge überlassen habe, die Verpflichtungen, die schon ausgeführt seien, ziffernmäßig zu bestimmen, absolut keine Garantie bestehe und zu Beunruhigung und Zweifel Anlaß vorhanden sei. Aeußerste Gerechtigkeit könne sehr leicht äußerste Ungerechtigkeit werden.

„Ere Nouvelle" spricht von einem dilatorischen Manöver der deutschen Regierung. Sie wolle das Ergebnis der Volksabstimmung von Oberschlesien und den Effekt, den sie in der neutralen Welt und bei den Alliierten hervorgerufen habe, abwarten. Sie rechne auf die englische öffentliche Meinung, die zum großen Teil der Ansicht sei, daß die Verhandlungen mit Deutschland baldigst wieder aufzunehmen seien. Aber Deutschland müsse wissen, daß in England wie in Frankreich ein anderer Teil der öffentlichen Meinung noch Verschärfung der Zwangsmaßnahmen verlange.

„Gaulois" schreit nach neuen Pfändern, die diesmal im Herzen des Deutschen Reiches genommen werden müßten.

„Figaro" erklärt, da Deutschland nicht ausführe, müsse ein Zwang ausgeübt werden, dem es nicht widerstehen könne.

*) **Paris**, 25. März.

Im Verlaufe der Budgetberatung im Senat ergriff auch Raphael George Levy das Wort, um von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu sprechen. Nach seiner Ansicht ist das deutsche Budget in Unordnung, aber die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht anzuzweifeln. Wenn Deutschland siegreich gewesen wäre, hätte es nicht gefragt, was Frankreich zahlen könne, sondern hätte zunächst seine Forderungen gestellt. Die Steuern in Deutschland und Frankreich seien ungleich. Die Deutschen zahlten an Steuern für Tabak, Getränke, Zucker und Streichhölzer pro Kopf 6,3 Frcs., Frankreich 83,7 Frcs. Durch seine Alkoholsteuer habe Frankreich im Jahre 1920 470 Millionen Frcs. eingenommen, Deutschland aber nur 85 Millionen. Nach seiner Ansicht könne Deutschland leicht die Grundlage für eine auswärtige Anleihe von 100 Milliarden geben mit 6 Milliarden Annuitäten, die die Alliierten von Deutschland nach der Konferenz von Paris verlangt hätten.

Paris, 25. März.

Das Sekretariat der Reparationskommission teilt mit, daß nunmehr alle Regierungen einschließlich Portugals und Griechenlands ihm die vollständige Liste ihrer Schadenersatzansprüche übermittelt haben.

* * *

Der „Siegeszug" vom 8. bis 22. März

Berlin, 25. März.

In Ausübung der militärischen „Sanktionen" besetzten die alliierten Mächte mit einem beträchtlichen und schwer bewaffneten Truppenaufgebot am 8. März Düsseldorf, Duisburg-Ruhrort. Vorposten wurden an die Ortsausgänge vorgeschoben.

Am 10. März wurde von den Alliierten der Hafenort Walsum, 11 km nördlich Duisburg, am Tage darauf der Bahnhof Neumühl, 7 km nordöstlich Duisburg, besetzt.

Am 18. März wurden die alliierten Vorposten um Duisburg-Ruhrort 3 bis 6 km nach Osten bis an Mülheim und Oberhausen vorgeschoben.

Ueberall sind es kleine Abteilungen, die, ohne großes Aufsehen zu erregen, die für allmähliche Einkreisung und Abschnürung wichtigen Punkte im Kohlen- und Industrierevier in Besitz nehmen.

Am 22. März haben die Alliereten den wichtigen Bahnknotenpunkt Osterfeld, 11 km landeinwärts im unbesetzten deutschen Gebiet besetzt. Sie haben sich dadurch Essen bis auf 10 km genähert.

Nach weiteren Nachrichten scheint auch die Besetzung der Schleuse 7 an der Vereinigung des Dortmund—Ems- mit dem Rhein—Herne-Kanal, mehrere Kilometer östlich Osterfeld, geplant zu sein.

Ausland

Moskaus Anknüpfung mit Washington

*) **London**, 24. März.

Aus Washington wird zur Note der russischen Räteregierung, in der um Eröffnung von Handelsbeziehungen gebeten wird (von uns in der Freitagmorgen-Ausgabe mitgeteilt. D. R.), weiter berichtet, die Frage der amerikanisch-russischen Beziehungen solle bald erwogen werden. Dieser Beschluß sei unabhängig von dem Appell der russischen Regierung an Harding gefaßt worden. Wenn sich die Vereinigten Staaten bereit erklärten, mit Sowjetrußland zu unterhandeln, so würden der Delegation, die die Sowjetregierung nach Amerika zwecks Handelsabkommen entsenden will, keine technischen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Es sollen gegebenenfalls Visa und Pässe ausgestellt werden. Mit Bezug auf das russische Geld würde die amerikanische Regierung die Frage bezüglich des Ursprungs des Metalls nicht erheben, wenn es das Münzzeichen irgendeiner anerkannten Regierung, wie z. B. der schwedischen Regierung, trage.

Lloyd George mobilisiert gegen den Sozialismus

Lloyd George hielt heute vor der New Members Coalitions Group (einer aus 112 Parlamentsmitgliedern bestehenden von beiden Flügeln der Koalition zusammengesetzten Gruppe) eine große innerpolitische Rede, in der er für eine Koalition zur Bekämpfung des Sozialismus eintritt. Lloyd George erklärte, die große Gefahr sei der phänomenale Aufstieg zur Macht einer neuen Partei. Diese Partei nenne sich Arbeiterpartei, in Wirklichkeit aber sei sie eine Kapitalistenpartei. Sie reiße die anderen Parteien in Stücke, um darauf die bürgerlichen Gesellschaften in Stücke zu reißen. Der Sozialismus bezwecke die Zerstörung alles dessen, was die großen Propheten und Führer beider Parteien seit Generationen mühsam erbaut hätten. Die unabhängigen Liberalen unterstützten diese Revolutionäre. Ihr Ziel sei, die bürgerliche Gesellschaft zu vernichten. Wenn sie Erfolg hätten, dann würden die Sozialdemokraten allein herrschen. Lloyd George forderte alle auf, die sich der Gefahr bewußt seien, die Reihen zu schließen. Er schloß mit der Aufforderung, die große Wählerschaft aufzuklären, die zu einem nicht entfernten Zeitpunkt zu entscheiden haben werde, damit wenn diese schicksalsschwere Stunde schlage, das Wohl Englands ruhig ihrer Sorge anvertraut werden könnte. Die Rede des Premierministers findet in der Abendpresse die größte Beachtung.

Lloyd George gegen Irlands Unabhängigkeit

London, 25. März.

Nach einer Reutermeldung erwiderte Lloyd George auf eine Anfrage im Unterhause, die Regierung schlage vor, Vorbereitungen zu treffen, um im Mai für das nordirische und südirische Parlament Wahlen zu veranstalten, die in dem im letzten Jahre angenommenen Gesetzentwurf vorgesehen seien. Wenn das irische Volk für diese beiden Parlamente Vertreter wählen würde, so würden diese Parlamente eine konstituierende Versammlung bilden, welche Vollmachten haben würde, Aenderungen zu empfehlen. Wenn es das Volk aber ablehne, zu wählen oder sich an diesen Parlamenten zu beteiligen, so würde es selbst die Verantwortung für sein Verhalten tragen und die Regierung würde auf andere Maßregeln zurückgreifen müssen, um Irland zu regieren.

Zurzeit sei die Regierung nicht bereit, mit den verantwortlichen irischen Führern zu verhandeln, und müsse auf der vorherigen Ablieferung der Waffen bestehen. Die Regierung könne ihre Zustimmung zu einer unabhängigen irischen Republik nicht erteilen. Solange die Führer in Irland diese Unmöglichkeit nicht anerkennen wollten, würden die Unruhen niemals beigelegt werden. Inzwischen müsse er das Parlament ersuchen, die Regierung bei der Aufrichtung der Autorität in Irland zu dem Zwecke zu unterstützen, der wirklichen Meinung Irlands zu ermöglichen, sich frei auszusprechen. Lloyd George betonte schließlich, daß alle in Irland in letzter Zeit Hingerichteten Explosiv-Geschosse in ihrem Besitz gehabt hätten. (?)

Der irische Kleinkrieg

London, 24. März. (Eig. Drahtber.)

Die Kampfhandlungen zwischen den republikanischen irischen und den Streitkräften der Krone nehmen täglich zu. Am Mittwoch kam es zu zwei aufregenden Kämpfen, bei denen auch acht Zivilisten getötet worden sind. 200 Republikaner kämpften bei Cork getötet bei einem Angriff auf eine kleine Abteilung Soldaten. Sechs Sinnfeiner wurden in Blarny in der Grafschaft Cork getötet. Bei einem Angriff auf eine kleine Abteilung Soldaten, die eine Haussuchung nach Waffen vornehmen sollte. Im ganzen wurden in diesen Wochen 72 Menschen getötet, Soldaten, Polizisten und Zivilisten. Von Anfang des Jahres an fielen bei den Kämpfen in Irland 287 Zivilisten und 190 Soldaten und Polizisten. Im allgemeinen schätzt man den in Irland durch die Kämpfe angerichteten Schäden seit dem 1. März 1916 auf 107 Millionen Pfund Sterling.

Keine englische Sondermission an Harding

* **London**, 24. März.

Reuter erklärt amtlich, daß keinerlei Absicht besteht, eine englische Mission nach den Vereinigten Staaten zu senden.

Drohender Bergarbeiter-Lohnstreik in England

London, 25. März.

Nach einer Reutermeldung hat die Konferenz der Bergarbeiter die Vorschläge der Bergwerksbesitzer wegen Festsetzung der Löhne endgültig abgelehnt. Infolgedessen droht ein nationaler Streik zum 1. April.

Der Kredit für Österreich

tu. **Genf**, 25. März.

Wie das Sekretariat des Völkerbundes mitteilt, wird die Finanzkommission des Völkerbundes am Montag in Paris zusammentreten, um das österreichische Problem zu studieren entsprechend den in London gegebenen Grundzügen, wonach die Gläubiger Oesterreichs ihre Entschädigungsansprüche vorläufig vertagen und den unter dem Namen Maulen bekannt gewordenen Entwurf einer interalliierten Kreditbeschaffung zugunsten Oesterreichs unterstützen wollen.

Wien, 25. März.

Wie die Prager „Bohemia" meldet, hat die deutsche Studentenschaft von Prag anläßlich des deutschen Sieges bei der Abstimmung in Oberschlesien ein Glückwunschtelegramm an den Reichskanzler Fehrenbach geschickt.

Ein Appell an taube Ohren

hnb. **London**, 24. März.

Das Parlamentsmitglied der Grubenarbeiter von Südwales W. Strapker fordert die Grubenarbeiterföderation auf, sofort Schritte gegen die verwerfliche Wirkung der Kohlenparagraphen des Versailler Vertrages zu tun, welche die Deutschen zwingen, Frankreich, Belgien und Italien zehn Jahre lang mit 20 Millionen Tonnen Kohlen zum Grubenpreis plus Transport zu versehen. Dies zwinge die Deutschen, über die Zeit zu arbeiten, während Deutschland selbst anderseits unter schwerem Kohlenmangel leide. Der Verband müsse die Grubenarbeiter-Internationale zusammenberufen, um diesem Unfug durch eine internationale Verständigung ein Ende zu machen. Solange der heutige Friedensvertrag bestehe, sei es mit dem dem englischen Kohlenexport aus.

90 Milliarden Goldmark für Pensionen

tu. **Paris**, 23. März.

Dem „Petit Parisien" zufolge wurde gestern zum ersten Male Vertreter Deutschlands von der Wiedergutmachungskommission angehört. Die Kommission forderte die Vertreter auf, ihre Einwendungen gegen die Höhe der Entschädigungszahlungen für Pensionen vorzubringen. Die Alliierten fordern eine Summe von 90 Milliarden Goldmark für Pensionen.

Die Verteuerung des Zeitungspapiers

Berlin, 25. März.

Von beteiligter Seite erhalten wir folgende Mitteilung: Eine Aussprache zwischen den Druckpapierfabrikanten und den Vertretern der deutschen Zeitungsverleger-Verbände im Reichswirtschaftsministerium hat nach tagelangen Vorberatungen heute vormittag zu der Erkenntnis geführt, daß die neue ungeheuerliche Preisforderung für Zeitungspapier vom 1. April an weder von der Presse, noch von den Zeitungslesern, noch den Inserenten getragen werden kann. Eine solche Preisfestsetzung würde sich unabwendbar auswirken in stärkster Einschränkung oder gar Stillegung der Zeitungsbetriebe. Die Lage ist mit keiner früheren vergleichbar. Es geht für die Presse um Sein oder Nichtsein, und was für die Zeitungen gilt, gilt für alle im Zeitungswesen tätigen Einzelkräfte. Angesichts der schweren politischen und wirtschaftlichen Folgen für unser gesamtes öffentlichen Leben wird die eiligst einzuberufende Versammlung der deutschen Zeitungsverleger so schwerwiegende Entschlüsse zu fassen haben, wie nie zuvor. Regierungen und Parlamente werden sofort eingreifen müssen, wenn eine sonst unabwendbare Katastrophe verhindert werden soll.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat die gesamten deutschen Zeitungsverleger zu einer allgemeinen Zeitungsverlegerversammlung zum 30. März, 10 Uhr vormittags, in die Stadthalle nach Hannover einberufen hat, um von der Gesamtheit der Herausgeber der deutschen Zeitungen die plötzlich erforderlich gewordenen, für die Zukunft der deutschen Presse entscheidenden Beschlüsse fassen zu lassen.

Die „Loslösungsbestrebungen" in der Pfalz

tu. **Frankfurt, Main**, 23. März.

Nach dem Inkrafttreten der Sanktionen hat der französische Kommandeur in der Pfalz, General de Mette, laut „Frankfurter Zeitung", mit mehreren pfälzischen Parteiführern Fühlung gesucht und ihnen nahegelegt, ob es jetzt für die Pfalz nicht an der Zeit sei, sich nach Westen zu orientieren. General de Mette malte den Herren die Folgen aus, die das Inkrafttreten der in London beschlossenen „Sanktionen" für den Handel und die Industrie in der Pfalz haben werde, es sei denn, daß man sich irgendwie an Frankreich anschließe. Daß General de Mette über das Festhalten aller Pfälzer an ihrem deutschen Vaterlande nicht im Unklaren gehalten wurde, versteht sich von selbst.

Der Feind im Land.

er. **Düsseldorf**, 24. März.

Das belgische Kriegsgericht hat drei Arbeiter, die bei einem Truppenlagerbau in Düsseldorf-Heerdt beschäftigt waren, wegen Eintritts in einen Streik zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie vorher dem Vertreter der Rheinlandkommission von der Streikerklärung keine Mitteilung gemacht hatten.

Oberschlesiens Not

Hilferuf und Anklage

* **Kattowitz**, 25. März.

Folgender Hilferuf aus Oberschlesien ist durch Funkspruch verbreitet worden:

„Dieser Schrei des oberschlesischen Volkes töne in die Welt hinaus, ein Schrei aus tiefster Not, ein Schrei um Hilfe. Geknebelt, wehrlos, jeder Möglichkeit beraubt, anders von unserem Lande Kunde zu geben, hoffen wir, die Welle der Luft werde die Botschaft zu denen hintragen, die uns mühelos durch einen Wink helfen können, wenn sie wollen. Vor wenigen Tagen hatte man uns die Freiheit versprochen, Freiheit von jedem Zwang und jedem Druck.

Wißt Ihr, Ihr Mächte draußen in der Welt, von der wir abgeschnitten sind, wie diese Freiheit aussieht? Wißt Ihr, daß sie mitten im Frieden durch Ströme von Blut watend als ein Schreckbild in unserem Lande umgeht? In unseren Dörfern und Städten wird geraubt, gemordet, geplündert, unsere Häuser werden angezündet. Wir werden geprügelt, Männer, Frauen und Kinder mit Stöcken und Gummiknüppeln geprügelt. Wir müssen aus unseren Wohnsitzen fliehen und sind ohne Obdach.

Das alles geschieht unter den Augen der fremden Soldaten, von denen uns manche wohl helfen wollen, aber nicht dürfen, weil sie dem Willen eines einzelnen unterstellt sind. Geschieht es mit Eurem Wissen, daß dieser einzelne untätig zuschauend Mörder und Räuber beschützt, anstatt Menschenrecht und Freiheit? Er höhnt uns, wenn er von unserer Freiheit spricht, er beschimpft Euch, wenn er erklärt, die Machtfülle hierzu stamme aus Eurer Hand! Helft uns! Wir verlangen nichts ungebührliches. Wir wollen nachts in unseren Häusern ruhig schlafen und am Tage arbeiten für das Leben unserer Frauen und unserer Kinder und für die Welt, die die Erzeugnisse unseres Landes zum friedlichen Wiederaufbau braucht. Hört diesen Schrei gequälter, friedliebender, arbeitswilliger Menschen! Wir geben Euch jene selben Worte zurück, die Eure Vertreter an uns gerichtet haben: Die Welt richtet ihre Augen auf Euch! Vergeßt es nicht! Handelt als Menschen, die der Freiheit würdig sind! Hört diese Worte und handelt nach ihnen, wenn Ihr menschlich seid. Ihr seid frei, wir sind es nicht!"

* * *

Der polnische Terror in Oberschlesien

tu. **Breslau**, 25. März.

Die Verbände heimattreuer Oberschlesier in Breslau erlassen folgenden Aufruf: Oberschlesier! Meldet polnische Wahlbeeinflussung und polnische Terrorakte! Bei der Abstimmung in Oberschlesien ist in zahlreichen Fällen das Abstimmungsergebnis durch polnische Wahlbeeinflussung und durch polnischen Terror zu ungunsten der deutschen Sache beeinflußt worden. Wenn auch das Gesamtergebnis einen zweifellosen Sieg für Deutschland darstellt, so ist es doch notwendig, daß unsere Regierung die Unterlagen über die vorgekommenen Fälle von Beeinflussung und Terror baldmöglichst erhält, um sie als Belege für die Verhandlungen mit der auswärtigen Mächten verwerten zu können. Jeder Abstimmler, dem durch polnische Gewaltmaßnahmen die Abstimmung erschwert oder unmöglich gemacht wurde, muß deshalb sofort seine Angaben bei der nächsten Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier zu Protokoll geben.

Kundgebungen aus dem Ausland

Wien, 25. März.

Die Großdeutsche Volkspartei hat aus Anlaß des deutschen Abstimmungssieges Begrüßungstelegramme an den deutschen Reichspräsidenten Ebert, an die Deutschnationale Volkspartei und an die Deutsche Volkspartei abgesandt. Auch dem deutschen Gesandten in Wien, dem Bund der Reichsdeutschen und dem Verband heimattreuer Oberschlesier hat die Großdeutsche Volkspartei in Zuschriften ihren Glückwunsch ausgesprochen und dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine friedliche gemeinsame Entwicklung nunmehr der deutschen Bevölkerung nicht länger vorenthalten werde.

Salzburg, 25. März.

Die Landesparteileitung der Großdeutschen Volkspartei veranstaltete gestern eine Kundgebung aus Anlaß des Abstimmungssieges in Oberschlesien, bei der das Mitglied der Reichsparteileitung Prof. Wagner aus Wien die wirtschaftliche, kulturelle und moralische Bedeutung des Abstimmungsergebnisses hervorhob.

Redner erörterte sodann den Standpunkt der Großdeutschen Volkspartei in der Anschlußfrage. Die Großdeutsche Volkspartei hat bei dem Nationalrat einen Gesetzantrag, betreffend Abstimmung über den Anschluß, eingebracht. Falls der Antrag etwa infolge ablehnender Haltung der Regierung oder der Christlichsozialen Partei nicht Gesetz werden sollte, würde die Partei in schärfster Opposition zur Regierung treten. Die Partei stehe auf dem Standpunkt, daß die Abstimmung ohne Verletzung des Friedensvertrages durchgeführt werden könne. Prof. Wagner trat schließlich für die Festsetzung der Wahlpflicht bei der Abstimmung ein, damit nicht eine geringe Wahlbeteiligung dem Ausland gegenüber einen falschen Eindruck von dem wahren Volkswillen erwecke.

tu. **Zürich**, 25. März.

Das Züricher Handelsblatt „Kurier" schreibt in einem Artikel „Oberschlesien": Die Gewähr, daß Oberschlesien wieder zur alten Blüte gebracht wird, liegt nur darin, daß es im Zusammenhang bleibt mit seinem alten Wirtschaftsgebiet, dessen Kenntnisse und intellektuelle Kräfte allein Oberschlesien entwickelt haben. Der Oberste Rat möge Vorsorge treffen, daß auch Polen seinen Anteil an der Kohlen- und Erzförderung des Oberlandes erhält, er belasse es aber im Interesse Europas bei der deutschen Republik.

Nach italienischem Muster

Torgau, 25. März.

Hier ist ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen; die Arbeiter haben nach italienischem Muster die Fabriken besetzt und Vollzugsausschüsse eingesetzt.

* * *

Ein holländischer Vorschlag

hmb. **Amsterdam**, 24. März.

Der Berliner Korrespondent des „Algemeen Handelsblad" drahtet aus Kattowitz: „Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß weder die deutsche noch die polnische Regierung zu haben sind für eine Lösung der oberschlesischen Frage in dem Sinne, daß ein Freistaat proklamiert wird. Deutschland will Oberschlesien ganz behalten und an dem Abstimmungssieg festhalten, während Polen vorläufig in Paris die Teilung Oberschlesiens nach dem Ergebnis der Abstimmung mit französischer Hilfe durchsetzen will. Man kann von der deutschen Regierung selbstverständlich nichts anderes erwarten, als daß sie an diesem Standpunkt festhält. Inzwischen kann ich mit Sicherheit mitteilen, daß die meist in den Vordergrund tretenden Politiker selbstverständlich sämtlichen Möglichkeiten, also auch dem Erfolg des polnischen Vorschlages, Rechnung tragen. In Deutschland herrscht allgemein die Auffassung, daß eine Aufteilung Oberschlesiens, bei der das Industriegebiet an Polen käme, eine Katastrophe für das europäische Wirtschaftsleben bedeuten würde. Diesen Wunsch haben wohl allein Polen und Frankreich, da sie für den polnischen Staat die oberschlesische Waffen- und Munitionsindustrie als notwendig erachten und außerdem ein deutsches Oberschlesien fortwährend als eine Gefahr für ein späteres Wiederaufflammen des deutschen Militarismus betrachten. Das Ergebnis der Abstimmung ist inzwischen, wie sowohl aus der französischen wie aus der englischen und polnischen Presse hervorgeht, eine Enttäuschung für die Alliierten geworden. Man darf annehmen, daß Lloyd George froh sein würde, wenn er eine Lösung finden könnte, die ein ruhiges oberschlesisches Industriegebiet ermöglichte. Durch eine Teilung ist die Lösung vermutlich nicht zu finden. Ein Freistaat würde, da eine genügende und zuverlässige Truppenmacht fehlt, sehr erschwert, wenn nicht unmöglich werden. Eine neue Lösung aber ist die folgende: Würde man Oberschlesien nicht wie das Saargebiet behandeln können und die Lösung einfach verschieben, wenn man an die Stelle des Generals Lerond einen englischen, völlig neutralen Oberkommissar ernennen und die alliierte Besatzung aufrecht erhalten würde? Dann würde die Industrie sich unter der bestehenden deutschen Führung wieder emporarbeiten können, und die deutsche Regierung würde, wie ich sicher glaube, bereit sein, (?) unter solchen Umständen neue Vorschläge zu machen. Man muß diese Lösung weniger als Entscheidung betrachten, als im Zusammenhang mit den Sanktionen". Der Vorschlag kann mit folgenden Motiven begründet werden: 1. Wenn das Industriegebiet polnisch wird, geht die Industrie zugrunde. 2. Wenn ganz Oberschlesien an Deutschland kommt, wird der Haß der polnischen Bevölkerung gegen die Deutschen, also der Bürgerkrieg, dauerhaft werden. 3. Die Großindustrie würde lieber eine interalliierte, als eine deutsche oder polnische Herrschaft mit Bürgerkrieg sehen, da die Industrie absolute Ruhe braucht. Selbstverständlich würde dieser Vorschlag auch seine Nachteile haben, unter anderem dadurch, daß die Korruption und die beiderseitige Propaganda fortdauern würde, aber trotz allem würde dieser Vorschlag vielleicht die einzige Möglichkeit (?) geben, um aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszukommen. Die heutigen Unruhen bei Kattowitz, die fortdauern, der Terror und die absolut unhaltbaren Zustände in „Deutsch-Mazedonien" erweisen genügend, daß die Lösung baldigst gefunden werden muß, und zwar eine Lösung, die die Sicherheit der Einwohner beider Nationalitäten und die Möglichkeit eines ruhigen Arbeitens verbürgt. Die Fortsetzung der Desorganisation der französisch-polnischen Kombination droht den Untergang eines der reichsten Industriegebiete zur Folge zu haben."

Für Deutschland ist der holländische Vorschlag natürlich unannehmbar. Dem holländischen Journalisten wäre überhaupt zu raten, sich Reserve aufzuerlegen.

Rußlands Erneuerung

Moskau, 24. März. (Eig. Drahtber.)

Das allrussische Exekutivkomitee richtete am 21. März eine offizielle Note an die amerikanische Regierung, die heute dem amerikanischen Gesandten in Stockholm überreicht wurde. Die Note ist von dem Präsidenten des allrussischen Ausführungskomitees Kalinin (dem Reichspräsidenten) und dem Sekretär Zalutsky unterzeichnet und hat folgenden Wortlaut: „An den amerikanischen Kongreß und den Präsidenten Harding! Sowjet-Rußland hat schon vom ersten Tage seines Daseins an die Hoffnung gehegt, daß zwischen der großen Republik in Nordamerika und Rußland freundschaftliche Beziehungen geschaffen werden könnten. Man hatte fest angenommen, zwischen beiden Republiken würde zum beiderseitigen Vorteil eine sichere und freundschaftliche Solidarität hergestellt werden können. Als die alliierten Mächte ihren Einmarsch in Sowjet-Rußland begannen, hat die Sowjet-Regierung nahegelegt, Maßnahmen zur Verhinderung von weiterem Blutvergießen zu treffen. Selbst als die amerikanischen Truppen an den Angriffen auf Rußland teilnahmen, hat die russische Regierung noch immer der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die amerikanische Politik der russischen Republik gegenüber sich bald ändern würde, und man hat auch diesen Standpunkt durch besondere Berücksichtigung der amerikanischen Interessen und Untertanen in Rußland unterstrichen. Sowjet-Rußland hofft nun, daß die amerikanische Republik den von der alten Regierung verfolgten Pfad nicht hartnäckig weiter verfolgen, sondern daß die neue amerikanische Regierung die großen Vorteile erkennen werde, die für beide Teile in der Wiederherstellung von Geschäftsbeziehungen liegen. Die Interessen der Bevölkerung in den beiden Ländern verlangen unbedingt die Aufhebung der künstlichen Mauern, die zwischen beiden Ländern aufgerichtet sind. Die Räterepublik, die vollständig damit beschäftigt ist, den Wiederaufbau des russischen Wirtschaftslebens zu fördern, hat nicht die geringste Absicht, in irgendwelcher Weise in die inneren Angelegenheiten Amerikas einzugreifen, und das allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee erklärt hiermit kategorisch, daß von seiner Seite jede Propaganda in Amerika unterlassen wird. Nachdem Räterußland mit verschiedenen Staaten schon zu Verträgen und regulären Beziehungen gekommen ist, sei es sehr wünschenswert, wenn auch die beiden Republiken zu irgendeinem Abkommen kommen würden. Das allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee schlägt daher vor, eine besondere Delegation nach Amerika zu senden, die mit der amerikanischen Regierung über diese Angelegenheit verhandeln soll. Auf diese Weise könne man erwarten, daß die Frage der Handelsbeziehungen und der Wiederaufnahme des Geschäftsverkehrs zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten geregelt werden könne."

*

Wer die amerikanischen Presseäußerungen zum russischen Thema aufmerksam verfolgt hat, der wird darauf gefaßt sein, daß es vorerst nicht so bald zu einer Regelung der amerikanisch-russischen Beziehungen kommt. In Amerika scheint wenig Neigung vorhanden zu sein, sich mit Rußland zu einigen.

Ein Abkommen zwischen Rußland und Lettland

ep. **Riga**, 24. März.

Zwischen der Sowjetregierung und Lettland ist, wie verlautet, ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach Lettland Vermittler bei der Postbeförderung zwischen Rußland und dem Auslande dienen soll. Die Bolschewisten beabsichtigen außerdem, Dampferlinien zwischen Petersburg und Stockholm und Petersburg und Hamburg einzurichten, sowohl für Waren-, als auch für Personenbeförderung.

Lloyd George über Rußland

* **Paris**, 23. März.

Nach Blättermeldungen aus London sagte Lloyd George gestern im Unterhause in Erwiderung auf verschiedene Anfragen bezüglich des englisch-russischen Handelsabkommens: Der Handelsvertrag mit Rußland sei ein reiner Handelsvertrag. Erkenne die Sowjet-Regierung de facto als Regierung an, was sie auch unbestreitbar sei. Der Vertrag sei kein Friedensvertrag. Alle gegen die Sowjet-Regierung gerichteten Ansprüche, sei es wegen Anleihen oder Vorschußgelder oder erfolgter Warenlieferung, sei es bezüglich der Forderung unserer Staatsbürger wegen ihnen zugefügter Schäden, bleiben vorbehalten. Diese Frage ist sehr wichtig für Frankreich, da die französischen Staatsangehörigen Rußland beträchtliche und weit größere Summen vorgestreckt haben als andere. Wir haben der französischen Regierung die Versicherung gegeben, daß, wenn es sich um eine allgemeine Erörterung des Abschlusses eines Friedens zwischen Rußland und Westeuropa handele, ihre Forderungen von der britischen Regierung unterstützt werden würden. Lloyd George sagte weiter, die Voraussagungen, daß das Ende des Bolschewismus bevorsteht, hätten sich als falsch erwiesen. Indessen sei im Augenblick in Rußland eine Aenderung zu bemerken, indem man dort einsehe, daß das kommunistische System undurchführbar sei. Gewisse kürzlich gehaltene Reden Lenins hätten auch von Churchill gehalten werden können. (Heiterkeit.) Lenin habe geglaubt, den Staat nach den Theorien von Marx regieren zu können. Er habe sich aber der Teuerung, der Hungersnot und der Verwahrlosung gegenübergesehen. Man könne keine Lokomotiven mit den Doktrinen von Marx reparieren. Lloyd George sagte, er habe niemals daran gezweifelt, daß Lenin und die andern russischen Führer fähige Männer seien. An dem Tage, an dem die Sowjet-Regierung sich klar darüber werde, daß ihr Land sich nach den anderen Ländern richten müsse, um zu bestehen, an diesem Tage werden sie ihre unvernünftigen Pläne nicht mehr fortsetzen. Lloyd George schloß, indem er den Mitgliedern der Arbeiterpartei empfahl, dem russischen Beispiel zu folgen. (Heiterkeit.)

ep. **London**, 24. März.

In Cardiff haben Verhandlungen zwisch. russischen Handelsvertretern und Vertretern des britischen Großhandels und der Großindustrie stattgefunden, um mit Rußland den Handel in großem Umfange aufzunehmen.

Deutschland und Rußland

dsd. **Berlin**, 22. März.

Wie uns von russischen Gewährsleuten mitgeteilt wird, soll Krassin mit dem Ergebnis seiner Unterhandlungen in Berlin sehr zufrieden sein. Die Deutsche Bank wird der Sowjethandelsdelegation gewisse Kredite einräumen a conto des russischen Goldfonds in Schweden. Auf diese Weise ist es Krassin gelungen, Anzahlung für 2 große Aufträge zu leisten. So werden die Borsigwerke 100 neue Lokomotiven für Sowjetrußland liefern. Außerdem sind Solinger Stahlwaren im Gesamtbetrage von 25 Millionen Mark angekauft worden. Zeitweise hat Krassin Kopp mit der Führung der Handelsgeschäfte betraut. In einigen Tagen wird aber Prof. Prushan in Berlin eintreffen und die Führung der Handelsgeschäfte übernehmen, da Kopps Stellung als erschüttert gelten kann.

*

wtb. **London**, 24. März.

Reuter stellt fest, daß die Nachricht, ein Beamter des englischen Auswärtigen Amtes begebe sich nach Sowjetrußland, unbegründet ist. Es sei noch nicht beschlossen, was für eine Delegation nach Moskau geschickt werden solle.

Danzig

* **Danzig**, 22. März.

Wie der Oberkommissar in Danzig dem Präsidenten des Senats auf Grund einer telegraphischen Mitteilung des Generalsekretärs des Völkerbundes bekannt gibt, hat die Reparationskommission bestimmt, der freien Stadt Danzig direkt einen Monatsbetrag von oberschlesischer Kohle zuzuerkennen, der 1 Prozent der Nettoerzeugung von Oberschlesien entspricht.

Vermischtes

Der Sohn als Prokurist des Vaters bestochen

Charlottenburg, 23. März. Der Verein gegen das Bestechungsunwesen, Sitz Berlin, teilt uns mit: Die Strafkammer Mannheim verhandelte gegen den Kaufmann Leopold Herzberger, der unter der Fa. Moritz Herzberger in Mannheim mit Tabak und Lotterielosen handelt. Herzberger hat 1919 mit seinem Prokuristen Albert Liebmann trotz entzogener Handelserlaubnis in großem Umfang mit Tabakwaren gewuchert. Das Gericht verurteilte Liebmann als den Hauptschuldigen zu 4 Wochen Gefängnis und 50 000 M. Geldstrafe, Herzberger zu 10 000 M. Geldstrafe. In dem Verfahren ergab sich, daß Liebmann den Kaufmann Siegfried Levi, Prokurist im Geschäft seines Vaters, eines Zigarettengroßhändlers in Stuttgart tätig ist, mit 12 000 M. bestechen mußte, um Ware zu erhalten. Das Gericht verurteilte dieserhalb auch Siegfried Levi wegen Preistreiberei, begangen durch unlautere Machenschaften, zu 10 000 M. Geldstrafe.

Der fingierte Millionen-Postraub

Berlin, 24. März. (Eig. Drahtber.) Die Erwartung, daß der Millionenraub auf das Postamt 54 in der Lothringer Straße in Berlin aufgeklärt werden würde, hat sich bestätigt. Die verhafteten Täter sind überführt und geständig. Zwei sind noch flüchtig. Der Urheber des ganzen Planes und der Anführer der Bande, der Postbetriebsassistent Paul Antoch, der zum Schein gefesselt worden war, leugnete die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen fortgesetzt, bis er endlich, ebenso wie die beiden anderen Verhafteten, ein Arbeiter und ein Hundehändler, ein Geständnis ablegte. Bald darnach machte er im Polizeigewahrsam seinem Leben ein Ende.

Stromrückgewinnungseinrichtung.

ep. **Bern**, 24. März. Nach dem „Bund" werden gegenwärtig auf der Gotthard- und der Lötschbergbahn Versuche mit einer neuen Erfindung gemacht, die für den elektrischen Zugverkehr von größter Bedeutung zu werden verspricht. Es handelt sich um eine sogenannte Rekuperation oder Stromrückgewinnungseinrichtung, mit der eine Stromersparnis von 25—30 % erzielt werden kann. Das Wesen der Neuerung besteht in der Hauptsache darin, daß in die elektrischen Maschinen eine neue Art von Spule eingebaut wird, mittels der bei den abwärtsfahrenden Zügen die überschüssige elektrische Kraft aufgefangen und zu neuer Verwendung in die Kraftwerke zurückgeleitet werden kann.

Eine bankerotte Stadt

Halle, 24. März. (Eig. Drahtber.)

Wie die Gemeindevertretung von Sangershausen, so ist jetzt auch die Gemeindevertretung von Helbra in der Provinz Sachsen vom Staatsministerium aufgelöst worden, da sie die Bewilligung der zur Deckung des städtischen Defizits nötigen Steuern verweigerte.

Verhaftlich verantwortlich:
für politischen und wirtschaftspolitischen Teil der Hauptschriftleiter Heinrich Diepe; für die Rubrik „Westfälische Heimat" Peter Werland; für Anzeigen W. Grub, sämtlich in Münster.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Schuhwaren.

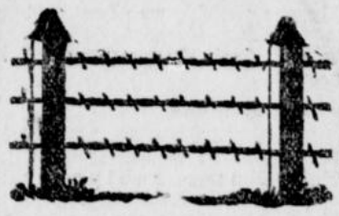
Große Sendung in **Damen-Halbschuhen,**
neueste Formen,
Herren- hohe und halb Lackschuhe
Marke „Pelikan" eingetroffen.
Ferner **Kommunion- und Konfirmation-Schuhe**
in allen Größen.
Großer Vorrat in Kinderschuhen.

Herm. An de Stegge

Norbertstraße 11, verläng. Josefstraße. Telephon 1927.
Kein Laden. **Privateingang.**
Den ganzen Tag geöffnet.

Vernickelungs-Anstalt und Schleiferei
H. Buchmann
Krummer Timpen 8

empfiehlt sich für Vernickelungen jeglicher Art durch erstklassige Fachleute bei prompter Bedienung und soliden Preisen.



4eck. Maschinengeflecht
für Hof und Garten-Einfriedigungen. Schweineläufe usw. am geeignesten.

6 eck. Drahtgeflecht
für Hühnerstelle.
Heckenschutz usw.

Weidendraht, Stacheldraht, Krampen

JULIUS HUPFER, Münster
Drahtgeflechtfabrik Gegründet 1870 Telefon 155

Elektromotoren-Reparaturwerkstatt,
Ankerwickelei.
Neu- u. Umwickelung von Gleich- u. Drehstrommotoren.
Hülsbömer & Weischer
Fernruf 2430. Münster i. W. Neubrückenstr. 19

Gebrüder Knake
Gegr. 1808 Bahnhofstraße 28 Fernruf 179
Flügel • Pianos • Harmoniums
Klavierspielapparate „PHONOLA"
Stimmungen und Reparaturen.

Homöopathische Behandlung
aller Krankheiten. **25jährige Erfahrung. Glänzende Heilerfolge** bei Epilepsie (Fallsucht), Bleichsucht, Wassersucht, Flechten und sonstigen Hautkrankheiten, Frauenleiden, Magen- und Darmleiden usw.
Behandlung von 8½—12 u. 3—7 Uhr
Münster i. W., Theissingstr. 3, parterre
Telephon 3061.

Wegen Verlegung
meines Geschäftes
nach der Bahnhofstr
verkaufe ich bis zum 1. April sämtl. sich am Lager befindl.
Flügel, Pianos
etc. zu auffällig günstigen Preisen.
A. Festing
Münster Ludgeristr. 9.

Wer sofort gesucht
für klein. bürgerl. Haushalt zuverl. jg. **Mädchen** (kath.) das auch im Kochen u. etw. Nähen bewand. ist, bei Familienanschluß. Bildofferten mit Gehaltsforderung an
J. Wagenpfeil,
Wilhelmshafen,
Börsenstraße 4.



Pferdehaare Schweinehaare
kauft laufend auch in kleinen Mengen zu hohen Preisen
G. A. Heidacker,
Bürstenfabrik
Geiststraße 76/78,
Aegidiistraße 31.

Sie arbeiten zu unrentabel!
wenn Sie ihren landwirtschaftlichen Betrieb nicht der Neuzeit entsprechend umgestalten.

Ihre Erzeugnisse
sind besser, billiger und schneller zu verarbeiten, wenn Sie dem Beispiel der andern folgen und Ihren Betrieb elektrisch einrichten.

Unsere Spezialität:
Einrichtung elektrischer Licht- und Kraftanlagen mit eigener Stromerzeugung für landwirtschaftl. Betriebe.

Technische Ratschläge und Rentabilitätsberechnung kostenlos und unverbindlich.

Elektrizitäts-Baugesellschaft, Münster i. Westf.
Emsmann & Thoma
Telephon 1915. Telegr.-Adr.: Elba Münsterwestfalen. Kettelerstraße 46.





Photo-Artikel
Ausführung sämtlicher Photo-Arbeiten bei
J. Diehoff, Dipl.-Optiker,
Münster i. W., Ludgeristr. 112

Buch- u. Kunstdruckerei
Joseph Krick
Münster i. W. / Bispinghof 12a

Herstellung
mod. Druckarbeiten für Industrie, Handel, Private u. sämtl. Vereine. Ein- u. Mehrfarbendrucke in sauberster Ausführung. / Stereotypie Rotationsdruck. / Massenauflagen

Stadt-Theater
Münster i. W.
Samstag, den 26. März, Mittlere Preise!
„Peer Gynt"
Eine dramatische Dichtung in 10 Bildern von Henrik Ibsen.
Musik von Edvar Grieg.

Jg. Mann
Kriegsbeschädigt, sucht Stelle in **Mühle, Getreide-, Futterartikel- od. Kunstdünger-Geschäft,** wo er sich in der
Büroarbeit
für die spätere Uebernahme eines eigenen Geschäfts weiter ausbilden kann.
Angeb. unter Nr. 558 an die Geschäftsst. d. Bl.

Auto-fahrten
Fernruf 3018
Brinkrolf

Verlobungs-Anzeigen Besuchs-Karten
liefert schnell und billig in geschmackvoller Ausführung die Druckerei der
Westfälischen Tageszeitung
Joseph Krick

Gelegenheitskauf!
Beschränkte Anzahl **Gouvernetkarren** (Dogcarts) äußerst preiswert abzugeben. Wiederverkäufern hoher Rabatt. Prospekt auf Wunsch.
Carl Jürgensen, Hamburg, Deichstraße 20.

Leistungsfähige **Elektrogroßhandlung** in Hamburg, sucht für sofort einen wirklich
eingeführten Vertreter
für das Münsterland und den nördlichen Industriebezirk. Nur Herren aus der Branche, die im genannten Bezirk nachweißlich mit Erfolg gearbeitet haben, wollen Ihre Angebote richten unter **K. 7863** an **Emil Poeck, Hamburg 11.**

Gallensteine!
Verlangen Sie von uns **kostenlose** Beweise, daß wir in 24 Stunden ohne Operation und völlig schmerzlos heilen können. 20jährige Praxis. Täglich neue Dankschreiben. Vertreter an allen Plätzen gesucht. **Masuch & Co.,** Gallenstein-Spez.-Institut, **Essen 12,** Schölerpad 114.

August Hundehege
Münster i. W., Kerssenbrockstraße 7.
Werkstatt für dekorative Malerei. ◆ Ausführung von Maler-, Glaser- und Anstreicher - Arbeiten.
Fernruf 654. Fernruf 654.

Herren-, Damen- u. Kinder-Stiefel
in braun und schwarz
kauft man **gut u. billig**
Bremerstrasse 27, I. Etage
Kein Laden! Kein Schaufenster
Daher große Unkostenersparnisse.

Beleuchtungskörper.
Installationen
in Gas, Wasser und Elektrizität
Reparaturen und Neuanlagen
Wellert, Münster i. W.
Regidiistraße 37 — An den Mühlen 9.
Fernruf 2273.

Roland-Theater
Spielplan von Samstag bis Montag einschließl.:
Monte Carlo
Ein Abenteuer in 6 Akten.
In der Hauptrolle: **Friederich Zelnik.**
Der beliebte Filmschauspieler Friedr. Zelnik in der Rolle des englischen Lord Surrey, zugleich als Amateurdetektiv, zeigt sich in diesem Film zur Abwechselung auch als Akrobat und Artist. Herrliche Bilder von der französischen Riviera, von Nizza etc. geben dem spannenden Film einen landschaftlich schönen Hintergrund.

Wie Adi Filmschauspielerin wurde
Ein reizendes Lustspiel in 3 Akten.
3 Naturfilme:
Wandel und werden im Insektenreich.
Was uns der Wald erzählt.
Verborgene Wunder unserer Gewässer.

Dazu die neuesten Ereignisse aus aller Welt in der
Meßterwoche.

Beginn: Wochentags 3 Uhr, Sonntags 2½ Uhr, weitere Vorstellungen 5½ und 8 Uhr.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Münster, 26. März 1921

Westfälische Heimat

Beilage der „Westfälischen Tageszeitung"

Westfalens Hauptstadt.

Münster, den 26. März

Hauptversammlung der Kaufmannschaft.

Der Verein der Kaufmannschaft und des Arbeitgeberverbandes hielt am Mittwoch abend im Cimbernhause seine ordentliche Hauptversammlung ab, die gut besucht war. Der Vorsitzende, Herr Engberding, eröffnete die Versammlung. Der Geschäftsführer des Vereins, Rechtsanwalt Dr. Beisenkötter, erstattete zunächst den Tätigkeitsbericht für beide Vereine und gab die Stellungnahme zu den verschiedenen Fragen, die die Kaufmannschaft und den Arbeitgeberverband betreffen, bekannt. Der Verein zählt rund 550 eingetragene Firmen als Mitglieder. Herr Revermann verbreitet sich über den Haushaltsplan und die Rechnungslage. Der eiserne Bestand beträgt 9080 Mark. Die Einnahmen stellten sich auf 49 278,75 Mk., die Ausgaben auf 35 566,42 Mk., sodaß sich ein Ueberschuß von 13 712,33 Mk. ergibt. Der Voranschlag für beide Vereine, der im Vorjahre auf 36 000 Mark angesetzt war, wurde auf 55 000 Mark erhöht. Der Mehrbetrag von rund 20 000 Mark soll durch Höhersetzung der Beiträge um 60 Prozent erzielt werden. Die Versammlung erteilte Vorstand und Kassenführer Entlastung und stimmte der Erhöhung der Beiträge zu.

Die beiden satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder des Vereins der Kaufmannschaft, die Herren Leggermann und Engberding, wurden wiedergewählt. In den Vorstand des Arbeitgeberverbandes wurde Herr Stille wieder- und Herr Emmerich neugewählt. Da letzterer infolgedessen aus dem Ausschuß ausscheidet, wurde an seiner Stelle Assessor Hauß gewählt.

Rechtsanwalt Dr. Beisenkötter berichtete alsdann über den Stand der Tarifverhandlungen mit Angestellten und Arbeitern. Die im Januar angebahnten Verhandlungen mit den Angestellten sind ergebnislos verlaufen. Es wurde von dem Demobilmachungskommissar eine Entscheidung dahin erwirkt, daß es zu einer neuen Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß kommt, die aber noch nicht stattgefunden hat. Der Schlichtungsausschuß hat den Antrag an den Reichsarbeitsminister verwiesen. Dieser ist gebeten worden, eine Ersatzstelle für den Schlichtungsausschuß zu ernennen. Es ist aber noch keine Klärung erfolgt. Dadurch ist man in die Lage gekommen, daß vom 1. April d. Js. ab wahrscheinlich ein Tarif überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Zudem hat die Kaufmannschaft den Tarif zum 1. April gekündigt, der an diesem Tage abläuft. Inzwischen haben die Angestellten neue Forderungen eingebracht. Es ist wohl angebracht, daß zunächst die Forderungen vom Januar geregelt werden, bevor man an die Forderungen für April, Mai und Juni herantritt.

Herr Engberding teilt mit, daß der Vorstand, die Lohnkommission und der Ausschuß sich auf den Standpunkt stellen, daß mit den Gehalts- und Lohnaufbesserungen einmal Schluß gemacht werden muß. Andererseits wird aber auch der Standpunkt vertreten, daß ein Abbau der Löhne und Gehälter heute noch nicht erfolgen kann, da die wirtschaftliche Lage, vor allem auf dem Bekleidungsmarkt, eine wesentliche Besserung bisher nicht gefunden hat. Wenn eine tatsächliche Verbilligung des Haushaltes infolge des Mehreinkaufs wohl kaum festzustellen ist, so muß man doch andererseits sagen, daß zu einer Aufbesserung der Gehälter grundsätzlich keine Veranlassung vorliegt. Von diesem Gesichtspunkte aus möchte die Tariffrage weiter behandelt werden. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Rechtsanwalt Dr. Beisenkötter beschäftigte sich sodann mit der Arbeiterfrage und erörterte die Tariffrage mit dem Transportarbeiterverbande, die damals nach dem Hammer Manteltarif geregelt wurde. Inzwischen stellten die Transportarbeiter neue Forderungen, über die es in der nächsten Zeit zu Verhandlungen kommen wird. Mit ihnen soll sich die Lohnkommission beschäftigen. Der staatliche Arbeitsnachweis war ein weiterer Punkt, der eine anregende Aussprache brachte. Es ergeht eine Reichsverordnung, nach der es möglich ist, zwangsweise Arbeitsstellen freizumachen und Arbeitslose in diese Stellen hineinzubringen. Die Durchführung dieser Verordnung obliegt dem Demobilmachungsausschuß. Innerhalb des Reichsarbeitsministeriums hat sich die Meinung gebildet, daß die ganze Verordnung aufzuheben ist. Der hiesige Demobilmachungsausschuß hat aber diese Verordnung trotzdem erlassen und zwar zu einem Zeitpunkte, zu dem eine Zurücknahme von der Regierung in Erwägung gebracht worden ist. Hiergegen hat der Verein der Kaufmannschaft protestiert. Inzwischen wird der Demobilmachungsausschuß zum 1. April d. Js. aufgelöst. Die Verordnung soll übrigens aufgehoben sein für Städte unter 100 000 Einwohnern. Der Verein steht auf dem Standpunkte, daß die Verordnung für Münster nicht maßgebend ist, weil es nach der letzten Volkszählung diese Zahl Einwohner nicht aufweist. Zudem besteht in Münster keine große Arbeitslosigkeit; gegenwärtig seien 562 Arbeitslose angemeldet. Eine in diesem Sinne als Protest vorgesehene Entschließung wurde zurückgestellt. Infolge der bevorstehenden Auflösung des Demobilmachungsausschusses soll der Vorstand eine abgeänderte Eingabe an die maßgebende Stelle richten, zumal vom Ministerialdirektor eine städtischerseits getroffene Anordnung für ungültig erklärt worden ist.

Rechtsanwalt Dr. Steinhaus hielt einen interessanten Vortrag über Steuerfragen. Ferner war ein Antrag eingegangen zur Herstellung engerer Fühlungnahme zwischen den kaufmännischen Stadtverordneten und der Kaufmannschaft selbst, damit etwaige in den Stadtverordnetensitzungen vorkommende Angelegenheiten von wirtschaftlichem Interesse besser vorbereitet würden. Man wurde sich darüber einig, daß, wenn Vorlagen von wirtschaftlicher Bedeutung im Stadtverordnetenparlament zur Verhandlung kommen, vorher der Vorstand und die Ausschußmitglieder sich mit den Stadtverordneten aus dem Kaufmannsstande sowie mit den Magistratsmitgliedern ins Benehmen setzen, um Wünsche und Vorschläge besprechen zu können.

Der Schneiderstreik geht fort.

Die bisher von Arbeitnehmerseite veröffentlichten Notizen zum Schneidergewerbe lassen die Oeffentlichkeit darüber im Unklaren, daß die Lohnregelung im Schneidergewerbe für ganz Deutschland zentral erfolgt. Seit dem 21. März 1921 finden in Jena neue Lohnverhandlungen zwischen den Zentralverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt, welche noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Ohne das Ergebnis dieser Verhandlungen abzuwarten, traten die Schneidergehilfen Münsters am 22. März 1921 gegen den Willen der beiderseitigen Zentralleitungen in einen wilden Streik. Die örtlichen Arbeitgeberorganisationen riefen am 23. März 1921 den amtlichen Schlichtungsausschuß als Vermittlungsinstanz an. Der von dieser Stelle unternommene Einigungsversuch scheiterte daran, daß die Gewerkschaftsvertreter den Vermittlungsvorschlag des Schlichtungsausschusses ablehnten, während die Arbeitgeber ihn annahmen. Nach telegraphischer Mitteilung der Zentralleitung in Jena wird bei Angelegenheit dort geregelt, und diese Entscheidung soll abgewartet werden. Trotzdem setzten die Gehilfen den Streik fort. Auf Grund dieses Sachverhältnisses hat die Arbeitgeberschaft das Urteil der Oeffentlichkeit, welche selbst den Streik gerade in diesen Tagen schwer empfinden wird, nicht zu scheuen.

---

* **Exzellenz Graf Korff-Schmising †.** Am Karfreitagmorgen um 4 Uhr starb hier in Münster im Alter von fast 87 Jahren der Wirkl. Geh.-Rat Exzellenz Clemens Graf von Korff gnt. Schmising, königl. preußischer Kammerherr und Schloßhauptmann von Münster. Auf dem Gute Osthoff bei Dülmen am 18. April 1834 geboren, studierte er in Lüttich, Bedburg und Bonn, war Einjährig Freiwilliger bei den hiesigen Kürrassieren, mit deren Regiment ihn stets die engsten Beziehungen verbanden, zumal er bis zuletzt Rittmeister der Res. dieses Regiments war. Ganz besonderer Beliebtheit erfreute er sich als Landrat des Kreises Halle; obgleich er dieses Amt nur von 1896 bis 1911 innehatte, spricht doch noch heute die Bevölkerung dort von ihm wie von einem fürsorglichen Vater. Seit 1875 wohnte er bereits auf dem malerischen Stammsitz seiner Familie, dem Schlosse Tatenhausen, dessen herrliche Waldungen bis an die Kreisstadt Halle heranreichen. Graf Schmising wurde unter dem 27. Juni 1890 auf Präsentation des Verbandes des alten und des befestigten Grundbesitzes im Landschaftsbezirk Fürstentum Minden und Grafschaft Ravensberg mit Paderborn und Wiedenbrück auf Lebenszeit in preußische Herrenhaus berufen. Weiter war er lange Jahre hindurch Mitglied des Westfälischen Provinziallandtags, als dessen Alterspräsident er viele Jahre hindurch die Sessionen eröffnete, ferner der Landwirtschaftskammer, des Aufsichtsrates der Landschaft der Provenz Westfalen, Direktor des Landwirtschaftlichen Kreisvereins von Halle. Er gehörte dem Rat der rheinisch-westfälischen Malteser-Genossenschaft als Mitglied an. Viele hohe Ordensauszeichnungen sind ihm zuteil geworden. Hier in Münster schätzte jedermann den alten schlichten Herrn hoch, der, auf seinen Stock gestützt, jeden Gruß freundlich erwidernd, bis in seine letzten Tage allein durch die Straßen schritt. Eine charaktervolle Persönlichkeit ist mit ihm dahingegangen, ein Mann ohne Tadel, dessen Andenken unvergeßlich ist.

tb **Ein Raubmörder entwichen.** Der Raubmörder Schmidt, der die Sohie Hartmann in der Pfeifermühle bei Darmstadt ermordete, ist aus dem hiesigen Zuchthause wo er eine mehrjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hatte, ausgebrochen.

* **Wochenspielplan des Stadttheaters.** Sonntag, 27. März, 3 Uhr „Der fidele Bauer, 7 Uhr Lohengrin (mit Kammersänger Schröder aus Köln in der Titelrolle); Montag 3 Fledermaus, 7.30 Ein Walzertraum, Operette in 3 Akten von Johann Strauß; Dienstag 7.30 (gelb) Die armseligen Besenbinder; Mittwoch 7.30 Die Rose von Stambul (Achmed Bey: Guido Herper, Kondja Gül: Luise Odenthal); Donnerstag 7.30 (grün) Der schwerste Schritt (Hans im Glück) Lustspiel in 4 Akten von Wiegandt; Freitag 7.30 Ein Walzertraum; Samstag 7 Lohengrin; Sonntag, 3. April, 3 Martha oder der Markt zu Richmond, 7 Ihre Hoheit die Tänzerin, Operette in 3 Akten von Oskar Felix und Richard Bars, Musik von W. Goetze.

* **Der Siemens'sche Maschinentelegraph im Funkbetrieb.** Der starke Telegrammverkehr, der durch die Leipziger Messe hervorgerufen worden ist, hat besondere Maßnahmen erfordert. Neben dem Maschinentelegraphenbetrieb auf den Berlin-Leipziger Leitungen wird ein solcher Betrieb jetzt auch drahtlos zwischen Berlin und Leipzig durchgeführt. Diese drahtlose Verbindung arbeitet gut; schon am ersten Tage nach der Aufnahme hat sie mehr als 1000 Funktelegramme bewältigt. Die Verwendung des genannten Apparats im Funkverkehr hat auch noch den großen Vorteil, daß die Geheimhaltung der Nachrichten weit mehr gesichert ist, als im gewöhnlichen Funkverkehr, da mit den üblichen einfachen Funkempfangsanlagen ein derartiger Schnellverkehr nicht mitgehört werden kann. Die Telegraphenverwaltung hat aus diesem Grunde und zur Herbeiführung einer gesteigerten Leistungsfähigkeit des neuen Nachrichtenmittels die weitere Einstellung solcher Apparate im Funkverkehr in Aussicht genommen.

* **Funkverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika.** Für den Funktelegrammaustausch zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, der infolge seiner Unabhängigkeit von fremdländischen Kabeln an sich schon schneller als der Abfluß auf dem Drahtwege vor sich geht, ist jetzt die Möglichkeit einer weiteren Beschleunigung gegeben. für die aus Deutschland herrührenden nach New York (Stadt) gerichteten, wie auch für die in umgekehrter Richtung zu befördernden Funktelegramme ist die dringende Beförderung zugelassen worden. Die Gebühr beträgt das Dreifache der gewöhnlichen Wortgebühr. Die bisherige Bestimmung, daß für Funktelegramme nach Amerika die dringende Beförderung auf der deutschen Teilstrecke bis zur Großfunkstelle Nauen verlangt werden kann, ist weggefallen. Funktelegramme zur dringenden Beförderung, sowohl auf den deutschen, als auch auf den amerikanischen Drahtverbindungen, nach Argentinien, Chile, Brasilien, Peru und Uruguay bleiben weiterhin zugelassen.

Gottesdienst-Ordnung

1. Katholische Kirchen

(am Ostersonntag.)

Hoher Dom. Ostersonntag: Morg. 4 Uhr Auferstehungsfeier. Danach feierl. Hochamt. Stille hl. Messen von 5.30 bis 9 Uhr, 8.45 Chordienst. Dann Umgang um den Dom. Gegen 9.30 Pontificalamt mit polyphonem Gesange. Nach dem Hochamt päpstlicher Segen. Letzte hl. Messe mit Predigt 11. — Nachmittags 3 Pontifical-Vesper, 4 Predigt und Segen.

Aegidiikirche. Morgens 5 Auferstehungsfeier, darnach M. mit Volksgesang, 7 u. 8 M. 20 Min. vor 9 Umgang, 9 feierl. Levitenamt, 11 letzte M. u. P. — Nachm. 2.30 V., 6 Sakr.-A.

Antoniuskirche. 5 Auferstehungsfeier, dann Prozession um die Kirche, Te-Deum u. M. mit Volksgesang, 6.30, 7, 8 M., feierl. Lev.-H. der Kirche, 11 M. u. P. — Abends 8 Oster-A.

Herz-Jesukirche. Ostersonntag: 5 Uhr Auferstehungsfeier u. Hochamt. Stille hl. Messen um 7 u. 8; 8,45 Schulmesse, Leviten-Hochamt mit Predigt und polyphonem Gesange um 9.30. Letzte hl. Messe m. Predigt um 11. — Nachm. 7 Rosenkranzandacht.

Lambertikirche. 5 Auferstehungsfeier u. feierl. H., 6.30, 7, 7.30 M., 7 gem. Oster-Komm. des Vereins christl. Frauen und Mütter, 8 Stille M., 9.30 feierl. H., 11 deutsche Sing-M. — 2.30 V., 7 Oster-A.

Generalstreik in Remscheid.

Remscheid, 26. März.

Zur Unterstützung der kommunistischen Bewegung in Mitteldeutschland proklamierte die hiesige kommunistische Partei heute früh den Generalstreik. Um 6,30 Uhr wurden die Arbeiter durch gellende Sirenensignale aus den Fabriken gerufen. Sie strömten zum Rathausplatz, wo ihnen Instruktionen gegeben wurden. Die industriellen Betriebe liegen hier mit wenigen Ausnahmen still. Die Straßenbahnen verkehren vorläufig noch. Zu einer Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung ist es bisher nirgends gekommen.

Liebfrauenkirche. 4 Auferstehungsfeier u. 1. H., 6, 6.30, 7 u. 8 M., 7 Komm. der Jüngl.-Kongr., 8.30 Umgang, 9 Lev.-H. u. P., 11 M. u. P. — Nachm. 3 V., 6 Andacht.

Ludgerikirche. 5 Auferstehungsfeier mit Te-Deum u. H., 6.30, 7, 7.30 M., 8.30 M. u. P., 9.54 feierl. Lev.-H., 11 letzte M. u. P. — Nachm. 2.30 V., 8 Fest-A.

Martinikirche. Morgens 5 Aufnahme des Kreuzes, Umgang, Te-Deum, H., 6, 7, 8 M., 7 Komm. der Frauen, 8.30 Vidi aquam und Prozession um die Kirche, 9 feierl. H. mit P., 11 M. u. P. — 3 Komplet, 6 And.

Mauritzkirche. 5 Auferstehungsfeier u. Hochamt, 6, 7, 8, 8.45 (Schulmesse), 9.30 H. u. P., 11 M. u. P. — Nachm. 2.30 V., 6 Rosenkranz.

Klemenskirche. Morgens 5 Auferstehungsfeier mit Hochamt, 9 H. für die Sodalen. — Nachm. 5 Rosenkranz-Bruderschafts-Andacht mit Predigt.

Magdalenenkirche. 7.30 M. u. P. — Abends 7 Andacht und Segen.

Franziskaner-Klosterkirche. 6, 6.30, 7 M., 7.30 H. u. P. — Abends 7 Andacht und Segen.

Kapuziner-Klosterkirche. 6 M., 7 M. u. P.

Liebfrauenstift. Nachmittags 5 Andacht.

2. Evangelische Kirchen

(an beiden Ostertagen.)

Alte Kirche. 1. Ostertag: 10.30 Pastor Burgbacher. (Anschl. Beichte.) — 2. Ostertag: 10.30 Konsist.-Rat Kähler. (Anschl. Abendmahl.)

Erlöserkirche. 1. Ostertag: 9.30 Pastor Schütz. (Anschl. Beichte.) 11 Kindergottesdienst. Abends 6 Pastor Ohly. 2. Ostertag: 9,30 Pastor Dicke. (Anschl. Abendmahl.) Abends 6 Uhr fällt aus

Verbreitungsbezirk.

p **Warendorf**, 26. März. (In der Stadtverordnetensitzung) wurde beschlossen, die Kartensteuer für die in einzelnen Fällen 40 v. Hundert vorgesehen waren, auf den Einspruch der Regierung hin zu ermäßigen. Im allgemeinen sollen nicht mehr als 20 v. Hundert erhoben werden. — Von der Provinzial-Nachtragssteuer entfallen auf den Kreis Warendorf 59 655 Mark, davon auf die Stadt Warendorf 14 011 Mark. Es sollen 53 Prozent auf die Realsteuern umgelegt werden. Auf eine Anfrage teilt der Bürgermeister mit, daß mit den hiesigen Fabrikanten und Gewerbetreibenden Verhandlungen gepflogen würden, um Zuschüsse für den Wohnungsbau aufzubringen.

Sport und Spiel.

Fußball.

Preußen 06 gegen T. u. Sp.-V. Hamm:

Dem Spiel ging ein Jugendspiel voraus der beiden B.-1 Mannschaften. Die Leistungen der Kleinen standen technisch fast auf einer besseren Stufe als die der Großen, die von dem gegenseitigen Verständnis untereinander nur hätten lernen können. Hamm gewann 2:0.

Beide Ligamannschaften traten mit Ersatz an. Nach torloser Halbzeit ging Preußen durch Schuß des Halblinken in Führung, dem bald der Ausgleich folgte. Nach weiteren drei Minuten schoß dann nach Gedränge Preußens Halbrechter das „Siegbringende". Wenn auch der Gaumeister nach der Pause das Heft völlig in der Hand hatte, so konnte doch bei dem sich immer mehr entwickelnden Schieß-Unvermögen des Innentrios nichts mehr erreicht werden. In Preußens Hintermannschaft glänzte Schürmann durch famose Abwehr. Im großen und ganzen leisteten beide Gegner nicht das, was man von ihnen erwartet hatte.

Den Vorverkauf zu dem Montagsspiele Werder-Bremen gegen Preußen hat das Zigarrengeschäft Niemeyer, Ecke Salzstraße und Prinzipalmarkt, übernommen. Daselbst hängt auch eine photographische Aufnahme der norddeutschen Gästemannschaft aus.

Vom Büchertisch.

Hochland, Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst. Herausgegeben von Professor Karl Muth. Verlag Josef Kösel u. Friedrich Pustet, Kempten. Vierteljährlich 15 Mark.

Je mehr wir organisierten, desto mehr schwand uns der Sinn für das Organische. Aus dieser Not heraus schrieb Dr. Hans Andre seinen Aufsatz „Die Organismusidee im Lichte biologischer Betrachtung", die vom kleinsten lebenden Organismus, an dem das Experiment die Naturgesetze aufzeigt, bis zum Organismus der Kirche ansteigt. — In „Revolution und Reaktion Frankreichs im Aufmarsch: Clartegruppe und Intelligenzpartei" zeichnet Dr. Hermann Platz, ein vorzüglicher Kenner des französischen Geisteslebens, gestützt auf reiches dokumentarisches Material, ein Bild von den beiden Heerlagern, in die sich das geistige Frankreich scheidet: die radikaler, humanitärer Internationalismus, dort nationalistischer Kulturimperialismus. — Professor Dr. Bernhard Dürken behandelt in seinem Aufsatz „Leben und Tod, Altern und Verjüngung" die aufsehenerregende Theorie Steinachs. — Als Bildschmuck sind dem Heft Reproduktionen nach wenig bekannten Werken des großen Spaniers Francisco de Zurbaran beigegeben.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Münster, den 26. März 1921

Landwirtschaftliche Rundschau

Unpolitische Beilage zur „Westfälischen Tageszeitung"

Die Notwendigkeit der Zwangswirtschaft.

Die Reichsgetreidestelle will natürlich ihre Existenzberechtigung, an der so viele zweifeln, nachweisen. Zu diesem Zwecke hat sie eine eigene Presseabteilung, durch die eine Korrespondenz „Mitteilungen der Reichsgetreidestelle" losgelassen wird. Wer Schriftleitung und Druck bezahlt, ist zwar nicht angegeben, doch enthält Nr. 5 interessante Kapitel, die darum (sollen), daß kein Kind so koscher ist wie die Reichsgetreidestelle. Man lese z. B.: „Aus einer Müllerversammlung. Gegenüber dem gelegentlich hervortretenden Bestreben, die Müllerei als grundsätzliche Gegnerin der öffentlichen Getreidebewirtschaftung hinzustellen, sind wir in der Lage, mitzuteilen, daß durchaus nicht alle Müller mit den gegenwärtigen Verhältnissen unzufrieden sind. Eine Müllerversammlung im Rheinland, deren Hauptgegenstand eine Besprechung über Revisionssachen und Kautionsstellung war, ist sich darüber einig gewesen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft dem kleineren Müller, dessen Kundschaft vorwiegend aus Selbstversorgern besteht, keine Vorteile bringe, im Gegenteil Arbeitslosigkeit und niedere Mahllöhne für ihn zur Folge haben würde. Wenn man des ferneren bedenkt, welche Mühe es macht, die Landwirte von der Benutzung von Schrotmühlen mit Sichtvorrichtung zurückzuhalten, muß man die Besorgnisse jener Müllerversammlung durchaus teilen;" und — fügen wir hinzu — die Reichsgetreidestelle beibehalten. Hoffentlich artet diese Besorgnis der Reichsgetreidestelle nicht aus in Melancholie oder chronische Gehirnparalyse. Im übrigen — macht eine Schwalbe ja keinen Sommer. — Noch interessanter ist folgende Blüte: „Nochmals die Haferpreise. Ein beliebtes Mittel, der Reichsgetreidestelle angebliche Gewinne „nachzuweisen", besteht darin, daß der Ablieferungspflichtige in den Getreidesack einen Zettel legt, der an den unbekannten Erwerber der Ware gerichtet ist. Auf diesem Zettel teilt er mit, wieviel er für den Inhalt des Sackes erhalten hat und bittet seinerseits um Mitteilung des Preises, den der Erwerber bezahlen muß. Die auf diese Weise herausgerechnete Spanne zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis dient als „Beweis" für den „Getreidewucher" der Reichsgetreidestelle. Die Reichsgetreidestelle hat jedoch niemals bestritten, daß eine Zeitlang Hafer von hier mit 160 Mk. verkauft worden ist, und zwar zu einer Zeit, als die Landwirte nur 67 Mk. für den Hafer bekamen. Wir haben in Nr. 3 der „Mitteilungen" ausführliche Erklärungen über die Entstehung dieser Verhältnisse gegeben und halten uns nicht für berechtigt, unsere Leser durch beständige Wiederholungen zu ermüden."

Na also: Was noch! Die Reichsgetreidestelle gibt zu, daß sie Hafer zu 67 Mk. den Bauern abgenommen und für 160 Mark wieder verkauft hat. Der Ueberschuß ist selbstverständlich kein Gewinn — um Gottes Willen — sondern dient der Deckung von Unkosten z. B. für die Presseabteilung, geradeso wie die Mutter dem Kinde für jeden Löffel Lebertran, den es einnimmt, eine Mark in die Sparbüchse legt und von diesem Gelde wieder Lebertran kauft. Dadurch wird das Kind gesund. Ein Gewinn in der Sparbüchse liegt allerdings nicht vor. Die Presseabteilung aber hält sich nicht für berechtigt, ihre Leser zu ermüden, d. h., sie hat sich die Aufgabe gesetzt, der Unterhaltung zu dienen — in dieser ernsten Zeit sicherlich ein Grund, 138 Prozent Aufschlag den Verbrauchern aus der Tasche zu nehmen. Es dürfte jedoch zweckmäßig sein, diese Korrespondenz dann nicht „Mitteilungen" zu nennen, sondern „Ermüdungsvertreiber" oder „Löffelbarbier", um den Zweck diskret anzudeuten. Wie sagt doch ein holländisches Sprichwort: „Bauer achte auf deine Hühner, denn der Fuchs predigt die Passion."

Dr. A. D.

Die Einkommensteuer-Einschätzung.

Zur Abgabe einer Steuererklärung ist verpflichtet, wer im vergangenen Kalenderjahr ein steuerbares Einkommen von über 10 000 Mark hatte, oder wer vom Finanzamt zur Abgabe einer Steuerklärung besonders aufgefordert wird. Es muß das Einkommen des Kalenderjahres 1920 angegeben werden.

Das Einkommen der Frau wird dem Manne angerechnet, das Einkommen der minderjährigen Kinder, soweit es nicht Arbeitseinkommen ist, dem Vater, oder wenn der Vater nicht mehr lebt, der Mutter. Das Einkommen der volljährigen Kinder kann dem Vater nicht angerechnet werden, außerdem kann ihm nicht angerechnet werden das Arbeitseinkommen der minderjährigen Kinder. Wenn beispielsweise in einer Familie der Vater oder die Mutter gestorben sind und der überlebende Ehegatte führt die Wirtschaft mit den Kindern weiter, so kann der Anteil der volljährigen Kinder an dem Einkommen aus dem Vermögen des verstorbenen Ehegatten dem Haushaltungsvorstand nicht angerechnet werden. Die volljährigen Kinder sind in solchem Falle selbständig zu veranlagen.

Der Steuer unterliegt der Gesamtwert der in Geld und Geldeswert bestehenden Einkünfte nach Abzug der Werbungskosten. Bei der Aufstellung der Steuererklärung macht sich der Steuerpflichtige am besten auf einem Blatt Papier eine Aufstellung seiner Einnahmen und Ausgaben. Dabei kann für die Einnahmen die Steuererklärung für die Umsatzsteuer als Anhalt dienen. Als Roheinkommen gelten zunächst die Einnahmen von verkauftem Vieh und landwirtschaftlichen Produkten, wie: Pferden, Rindvieh, Schweinen, Getreide, Stroh, Futtermitteln, Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Kleesamen, Obst, Milch, Butter, Eiern usw. Dazu kommt der Wert der im eigenen Haushalt verbrauchten, der eigenen Wirtschaft entnommenen Produkte, (920—1200 Mk. pro Kopf), wie Brotgetreide, Kartoffeln, Gemüse, selbstgeschlachtetes Fleisch, Obst, Getränke. Der Mietwert der eigenen Wohnung (80—500 Mk. je nach Größe des Hofes), sowie das Einkommen aus Kapitalvermögen, Gewerbebetrieb und gewinnbringender Beschäftigung, ebenso Einnahmen an Pachtgeldern sind im Steuererklärungsformulare getrennt anzugeben.

Vom Roheinkommen aus Landwirtschaft ist abzuziehen: Ausgaben für ergänztes Vieh: Pferde, Rindvieh, Schweine, Federvieh, Auslagen für Saatfrucht, Sämereien, Setzlinge, Futtermittel, Dünger, insbesondere Kunstdünger, Kalk, Lohn für Gesinde und landwirtschaftliche Arbeiter, einschließlich der Auslagen beim Ausdrusch des Getreides, Auslagen für elektrischen Strom bei den Landwirten, die einen Motor haben, Kranken- und Invalidenversicherung des Gesindes und der Arbeiter, Reparaturen an Gebäuden und baulichen Anlagen, (Mauern, Zäune Brunnen usw.), Abnutzung der Gebäude, Reparaturen an Maschinen und Fuhrwerk, Erhaltung und Ergänzung des sonstigen Wirtschaftsinventars, Ausgaben für Schmied, Stellmacher, Tierarzt, Feuerversicherungsprämien für die Gebäude, Vorräte und landw. Inventar (nicht abziehbar ist die Feuerversicherungsprämie für die Hausmöbel), Hagelversicherung, Viehversicherung, Haftpflichtversicherung. Abziehbar sind weiter die Ausgaben für Beleuchtung der Wirtschaftsräume (nicht der Wohnräume), Brennmaterial zu wirtschaftlichen Zwecken, Kochen des Viehfutters usw., Ertragssteuern, z. B. Kapitalertragssteuer, Umsatzsteuer, Gemeindeumlagen auf Grund- und Gebäudesteuer, Landwirtschaftskammerbeiträge, Pachtzins für gepachtete Grundstücke, Ausgaben für Reisen zu wirtschaftlichen Zwecken (zum Markt), zum Einkauf von landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln, Entschädigung für die im Haushalt tätigen volljährigen Kinder (nur wenn vertraglich zugesichert); abziehbar sind auch die Beiträge zum Bauernverein, Bund der Landwirte, Bauern- und Heuerlingsbund.

Sodann ist der Unterschied in dem Werte und Stande des beweglichen Anlagekapitals, der Verkaufsvorräte usw. am Jahresschluß gegenüber dem Stande und Werte am Jahresanfang zu berechnen. Ein etwaiges Mehr ist den Einnahmen, ein Weniger den Ausgaben hinzuzählen. Die Bewertung soll unter Zugrundelegung des gemeinen Wertes erfolgen. Jedoch darf, soweit ein Anschaffungs- und Herstellungspreis gegeben ist, und dieser hinter dem gemeinen Wert zurückbleibt, statt des gemeinen Wertes der Anschaffungs- und Herstellungspreis in Ansatz gebracht werden. Es ist selbstverständlich, daß nur dasjenige „Mehr" an beweglichem Anlagekapital und sonstigem Betriebsvermögen am Jahresschluß zum steuerpflichtigen Betriebsgewinn zu rechnen ist, welches aus dem Betriebe heraus gewonnen ist. Durch den Zukauf von Maschinen und Geräten, Vieh usw., soweit deren Ausgaben nicht als „abzugsfähige" Wirtschaftsausgaben anzusehen sind, ist keine Steigerung des landwirtschaftlichen Betriebsgewinnes eingetreten. Bei diesem Wertvergleich ist weiter ein entsprechender Prozentsatz für die Abnutzung der größeren Maschinen und Geräte in Ansatz zu bringen. Der Prozentsatz beträgt gewöhnlich 10 Prozent des Anschaffungswertes der Maschinen und Geräte, weil diese in der Regel nicht länger als 10 Jahre halten. Bei der Berechnung der Abnutzung (Amortisation) ist zu berücksichtigen, daß nach den bisherigen Grundsätzen die Abschreibung nur nach dem tatsächlichen Anschaffungspreis berechnet werden durfte. Die Abschreibung hat den Zweck, einen Fonds anzusammeln, mit dessen Betrage nach vollständiger Abnutzung beispielsweise einer Mähmaschine eine neue gleichwertige Mähmaschine angeschafft werden kann. Zu berücksichtigen ist aber, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die bisher üblichen Abschreibungen nicht ausreichen zur Ansammlung der Anschaffungskosten. Die Kosten einer Mähmaschine sind um das Zehn- bis Zwanzigfache gestiegen. Wenn man also einen den veränderten Verhältnissen entsprechenden Amortisationsfonds ansammeln will, so muß man neben der bisher üblichen Abschreibung noch eine besondere Zurücklegung von barem Gelde vornehmen, um die Erneuerung des Betriebskapitals ausführen zu können. Man nennt diesen Fonds, in den man für diese Zwecke Geld zurücklegt, wohl Erneuerungsfonds. Die Berechtigung eines solchen Erneuerungsfonds „als steuerfreies Wertberichtigungskonto" ist durch die Entscheidung des Reichsfinanzhofes vom 11. Januar 1921 anerkannt. Demnach müssen auch die Beträge, die alljährlich in diesen Erneuerungsfonds für die Abnutzung der zu einem noch niedrigen Preise angeschafften Maschinen und sonstigen Gegenstände hineingezahlt werden, bei der Einkommensteuer abzugsfähig sein. Dieselben Grundsätze gelten auch für die Abnutzung der Gebäude und des sonstigen unbeweglichen Anlagekapitals.

Außer diesen Werbungskosten sind noch abziehbar die Schuldenzinsen, Beiträge für den Steuerpflichtigen selbst und seiner Haushaltungsangehörigen zur Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung, Beiträge zu Sterbekassen bis zu einem Jahresbetrage von 100 Mark, Lebensversicherungsprämien für den Steuerpflichtigen selbst und seine Familienangehörigen, Beiträge an kulturfördernde, mildtätige oder gemeinnützige Verein. Wenn man die vorgenannten Ausgaben vom Roheinkommen abzieht, verbleibt das steuerbare Einkommen.

Als steuerbares Einkommen gelten nicht: Erbschaften, Kapitalabfindungen, Verstümmelungs-, Kriegs-, Alters- und Tropenzulagen, ferner sonstige Versorgungsgebührnisse die auf Grund einer infolge eines Krieges erlittenen Dienstbeschädigung bezogen werden, soweit sie zusammen mit den erstgenannten Zulagen den Betrag von 2000 Mark nicht übersteigen. Steuerfrei sind daher auch die Witwen- und Waisenrenten, soweit sie 2000 Mark nicht übersteigen. Nicht steuerfrei sind aber Unfallrenten, Invaliden- und Witwen- und Waisenrenten, die nicht auf den Vorschriften der Militärversicherungsordnung, sondern der Reichsversicherungsordnung beruhen. Nicht steuerpflichtig sind ferner die mit deutschen Kriegsdekorationen verbundenen Ehrensolde, Bezüge des Steuerpflichtigen aus einer Krankenversicherung, Gewinne, die durch die Veräußerung von Grundstücken erzielt worden sind, wenn die Grundstücke mindestens 10 Jahre im Besitz des Steuerpflichtigen gewesen sind. Wer ein Grundstück veräußert, das nicht mindestens vor dem 1. August 1914 in seinem Besitz war, muß den Mehrerlös versteuern.

Die Festlegung der Steuer selbst wird in der Einkommensteuernovelle neu geregelt, ebenso wie auch die Abzüge.

Für Landwirte, die keine Bücher führen, kann zur Feststellung des Einkommens aus der Landwirtschaft auch der Weg der Schätzung gewählt werden. Darüber wird in nächster Nummer gesprochen werden.

Rechtswidrigkeiten der Finanzämter.

Teilweise kommen jetzt schon die Veranlagungen zur Kriegszuwachssteuer heraus. Es stellt sich heraus, daß von Finanzämtern auch bei der Veranlagung zur Zuwachssteuer einfach Zuschläge zu den eingeschätzten Vermögenswerten gemacht worden sind. Nach dem Kriegszuwachssteuergesetz hat der Steuerpflichtige das Recht, zu beantragen, daß sein landwirtschaftliches Vermögen, das er am 1. Januar 1914 schon besaß, zu den Gestehungskosten eingeschätzt wird. Als Gestehungskosten gilt der bei Veranlagung zum Wehrbeitrag festgestellte Wert. Die Finanzämter können daher bei Veranlagung der Zuwachssteuer hinsichtlich all des Grundvermögens, das die Steuerpflichtigen am 1. Januar 1914 schon besessen haben, keine höheren Werte einsetzen, als bei Veranlagung des Wehrbeitrages angenommen worden sind, es sei denn, daß seit 1914 neue Kapitalinvestierungen (Neubauten, Meliorationen, Kultivierung usw.) stattgefunden haben. Im Gegenteil: Falls die Gestehungskosten beantragt worden sind, müssen die nachweisbaren Wertminderungen in Abzug gebracht werden. Man geht überhaupt auch sonst bei der Wertbemessung des Vermögens recht summarisch und willkürlich vor, bis 100 Prozent Zuschläge werden gemacht. Wir warnen die Regierung und die Behörden, den Boden des Rechtes und des Gesetzes zu verlassen, es könnte sonst leicht dahin kommen, daß das Volk ihrem Beispiel folgt. Alle, bei denen bei der Veranlagung der Kriegszuwachssteuer solche Zuschläge gemacht worden sind, ohne daß obige Voraussetzung zutrifft, und alle, die nicht anerkannte Wertminderungen nachweisen können, müssen reklamieren.

Zuckersteuer und Zuckererzeugung.

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben: Der Zuckerrübenanbau ist die Grundlage einer intensiven Landwirtschaft. Keine andere Feldfrucht kann aus der Flächeneinheit so große Mengen an Nährstoffen erzeugen. Außer dem Zucker liefert sie wertvolle Futtermittel, Rübenblätter, Melasse und Schnitzel. Die Ausfuhr von Zucker würde als Gegenwert die Einfuhr der sechsfachen Menge Weizen gestatten, die auf der gleichen Bodenfläche bei uns zu erzeugen wäre. Eine übermäßige Besteuerung des Zuckers, wie sie nach dem neuen Entwurf eines Zuckersteuergesetzes zu befürchten ist, würde neben der Möglichkeit einer ungünstigen Beeinflussung der Ausfuhr schwere nachteilige Auswirkungen für die ganze Volkswirtschaft durch Einschränkung des Rübenbaues haben. Diese Verminderung des Rübenbaues muß verringernd auf die landwirtschaftliche Erzeugung wirken, in erster Linie auf die Getreide- und Milchproduktion. Das würde sich in der Handelsbilanz auf der Passivseite durch erhöhte Einfuhr von Nahrungsmitteln bemerkbar machen, auf der Aktivseite durch Einschränkung der Zuckerausfuhr. Der Inlandspreis für Zucker bewegt sich heute schon auf fast der gleichen Höhe wie der Weltmarktpreis. In Amerika lagern z. Zt. 25 Millionen Zentner, die nicht unterzubringen sind. Die Zuckererzeugung in Cuba ist gewaltig gesteigert. Wenn auch bei der Finanzlage des Reiches Erhöhung der Zuckersteuer nicht zu umgehen ist, so muß sie sich doch in mäßigen Grenzen bewegen, sonst würde ja auch nur der finanzielle Ertrag der Steuer auf die Dauer selbst darunter leiden. Zudem muß in zeitlicher Begrenzung die Möglichkeit gegeben sein, einer Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Rechnung zu tragen.

Deutsche Düngemittelwirtschaft.

Uns wird geschrieben: 1913 betrug der Verbrauch der deutschen Landwirtschaft an stickstoffhaltigen Düngemitteln umgerechnet auf reinen Stickstoff etwa 200 000 To., davon der größte Teil eingeführter Chile-Salpeter mit 15 bis 16 von Hundert Stickstoffgehalt. Dann folgte schwefelsaures Ammoniak aus deutschen Kokereien mit 20 von Hundert Stickstoffgehalt. Der Verbrauch an Kalistickstoff mit 20 von Hundert und Norgesalpeter mit 13 von Hundert Stickstoffgehalt war gering. Im Kriege erfolgte der ungeheure Aufschwung der deutschen Stickstoffindustrie. Andererseits ist Deutschland bei Phosphatdüngung fast ganz vom Auslande abhängig infolge Mangel einheimischer Rohphosphate. Trotzdem die Phosphatzufuhr während des Krieges ganz ins Stocken geraten war, hatte die reichliche Vorkriegssättigung des Bodens mit Phosphaten noch lange nachgewirkt. Nun ist aber der Boden allmählich in seinem Phosphatreichtum erschöpft, sodaß die durch das Reich geförderte Großphosphateinfuhr ein dringendes Erfordernis ist. Wenn wir dadurch zu umfangreicher Stickstoffdüngeraus fuhr gezwungen werden, so ist das zwar bedauerlich, da trotz des Aufschwunges der deutschen Stickstoffindustrie erheblicher einheimischer Stickstoffdüngemittelbedarf besteht. Aus diesem Grunde urteilte auch vor längerer Zeit eine interessierte englische Seite. Die Arbeiterschwierigkeiten und der Kohlenmangel der deutschen Stickstoffindustrie seien so groß, daß aller Grund zu der Annahme bestände, Deutschland werde einst wieder ein starker Verbraucher von Chile-Salpeter sein, wenn zurzeit auch der Tiefstand der deutschen Valuta alle Einkäufe verhindere. — Augenblicklich ist freilich erst abzuwarten, wieweit unter der Wirkung des Londoner Vertragsbruches sich die Stickstoffausfuhr durchführen läßt. Dabei ist außer der Ausfuhrabgabe die mögliche Verschärfung des Kohlenmangels von erheblicher Bedeutung. Dies konnte dann vor allem auch bei der Kalierzeugung sich besonders drückend fühlbar machen.

Die Aussichten des Leinbaues.

Vor dem Kriege lieferte Rußland mehr als ¾ des gesamten Weltbedarfs an Flachs u. hatte dank seiner extensiven, billig produzierenden Landwirtschaft dazu beigetragen, daß beispielsweise in Deutschland der Flachsbau von 215 000 Hektar im Jahre 1875 auf 17 000 Hektar im Jahre 1913, in Frankreich in denselbem Zeitraum von 79 000 Hektar auf 28 000 Hektar zurückgegangen war. Seitdem der Wettbewerb Rußlands fortgefallen ist, weist der Flachsanbau in den dazu besonders geeigneten Ländern, Belgien und Holland, eine sehr schnelle Ausdehnung auf. Es wurden angebaut in 1000 Hektar in Belgien im Jahre 1914 13,1, dagegen im Jahre 1920 21,6. Somit besitzt Belgien schon wieder einen Flachsbau von dem Umfange der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Was ist die Folge .....?

Die 172 Angestellten der Reichskartoffelstelle kosteten 1920 die kleine Summe von Mark 891 000.—; für das Jahr 1921 sollen die Ausgaben Mark 1 667 430.— betragen und zwar für 93 Angestellte, da bekanntlich abgebaut wird.

*

Die sozialistische Agrarkorrespondenz berechnet, daß dem Landmann ein Pferdegespann rund 105,30 Mark kostet gegen 7,75 Mark in Friedenszeiten.

*

In Westfalen werden Landwirte wegen Wuchers bestraft, die Mark 30 bis 33 für den Zentner Kartoffeln einschließlich Auslese und Anfuhr genommen haben. Also müßten ¾ sämtlicher westfälischer Bürgermeister im Gefängnis sitzen, da wohl keine Stadt zu diesem Preise die Kartoffeln abgeben dürfte.

*

Die Stadt Schöneberg hat im Jahre 1920 ¾ Millionen M. Verlust allein an Lebensmitteln; an Dörrgemüse setzte sie in drei Jahren 900 000 M. zu. Neukölln hatte an Gemüsen zweieinhalb Millionen Verlust, der Gemeindekuhstall erforderte im Jahre 1918 Mark 118 000 Zuschuß.

*

Es kosteten ein Zentner Hufeisen im Jahre 1914 9,50 Mark, im Jahre 1920 450 Mark, Wagenfett 13,50 (320), Maschinenöl 28 Mk. (1025), eine Milchkanne 8,50 M. (180).

Was ist die Folge? Dr. A. D.

Preßgesetzlich verantwortlich: Dr. Alb. Dietz, Münster i. W.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Frauen-Rundschau

Die seelische Verfassung des Großstadtkindes

Wir entnehmen diesen Abschnitt dem ausgezeichneten Werkchen: „Großstadterziehung" von J. Tews („Aus Natur und Geisteswelt", B. G. Teubner Verlag, Leipzig.)

Ein Bild von der seelischen Verfassung des Großstadtkindes zu entwerfen, ist schwierig. Das Kind ist durch die äußeren Verhältnisse: Wohnung, Umgebung, Ernährung usw. noch nicht in dem Maße beeinflußt und anders gestaltet als der Erwachsene. Das Kind der Großstadt unterscheidet sich von dem Kinde in der Kleinstadt und auf dem Lande weniger als die Erwachsenen hier und dort. Die Kinder finden sich deswegen auch, wenn sie zusammenkommen, leichter. Die Brücke hinüber und herüber ist schnell geschlagen, und wenn sie einige Wochen beisammen sind, so bilden sie eine Gemeinschaft, als hätten ihre Wiegen nie an verschiedenen Stellen gestanden und nie grundverschiedene Einflüsse auf ihre geistige und körperliche Gestaltung eingewirkt. Die aus der Großstadt auf das Land zurückgewanderten oder vom Lande in die Großstadt übergesiedelten Erwachsenen wird man dagegen bis an das Ende ihrer Tage nach Herkunft und Heimat ohne weiteres erkennen. Die Zugewanderten werden niemals echte Großstädter, und noch weniger vermag sich der an großstädtische Luft Gewöhnte dem Landvolk völlig anzupassen. Die „geborenen Berliner" haben Gelegenheit besonders hervorheben.

Noch eine zweite Einschränkung ist notwendig. Die gemeinsame Erscheinungsform des allgemein Kindlichen ist in allem, was Erziehung und Unterricht anbetrifft, das weitaus Ueberwiegende, das Ursprüngliche und Stärkere, die durch den Wohnort und die Umgebung herbeigeführte Färbung das Nachstehende, Schwächere. Wenn also diese Züge hier besonders hervorgehoben werden, so soll damit nicht dem Irrtum Vorschub geleistet werden, als ob nun das, was in einer guten Kinderseelenkunde zu lesen ist, für das Großstadtkind nicht mehr in Betracht komme.

Auch wenn man mit diesem Vorbehalt dem großstädtischen Kinde gegenübertritt, wird man noch manchen eigenartigen Zug feststellen können.

Daß das Großstadtkind in der Entwicklung des Erkenntnisvermögens dem Dorf- und Kleinstadtkinde im allgemeinen überlegen ist, wird nirgends bezweifelt. Die Schulleistungen als solche stehen aber nach meinen Beobachtungen nicht immer auf derselben Höhe. Das Großstadtkind wird durch Dinge, die ein wenig lebensvoller Unterricht in erster Linie verlangt, oft nicht so gefesselt als das Kind in einer stilleren, weniger abwechslungsreichen Umgebung. Schule bedeutet bekanntlich Muße, und vieles, was die Schule verlangt, liegt dem Kinde nicht besonders nahe, reizt seine jungen Sinne wenig. Das Großstadtkind ist oft schon abgestumpft. Ihm nötigt nicht alles u. jedes Staunen und Verwunderung ab. Dazu hat es zuviel gesehen und gehört. Macht indessen die Großstadterziehung sich die Umgebung des Kindes dienstbar, so ist der Großstadtunterricht mit seiner Umgebung, die für alles, was der Unterricht bietet, lebensvolle Veranschaulichungsmittel enthält, dem Unterricht in Dorf und Kleinstadt sicherlich überlegen. Hierzu kommt die Erziehung zur Aufmerksamkeit und Wertung, Eigenheiten, die einem tüchtigen Unterricht außergewöhnliche Stützen bieten. Daß die geistige Kraft als solche in der Großstadt bedeutender sei als an anderer Stelle, wäre natürlich zuviel behauptet. Die geistige Kraft der Menschheit ist in wenigen Geschlechterfolgen nicht erheblich zu ändern. Gerade hier liegt eine gewisse Starrheit vor, die ja den Erzieher recht oft zur Verzweiflung bringen kann.

Am meisten wird man wohl in sittlicher Beziehung bei dem Großstadtkinde Eigenheiten vermuten, und eine der Großstadt ungünstige Darstellung hat fast nur Nacht- und nirgends Lichtseiten feststellen wollen.

Gewiß ist die Großstadt auch in dieser Beziehung kein vollkommenes Kinderheim. In das Gesichtsfeld des Kindes drängt sich so vieles, was sein sittliches Empfinden abzustumpfen vermag, seine Leidenschaften erregen kann, sein Weltbild trübt. Aber anderseits ist auch vieles, was dem Kinde in Dorf und Kleinstadt sehr nahe gerückt ist, seiner Beobachtung entzogen. Zum Beispiel ist der Tanzboden, der wirklich keine sittliche Schule für das Dorfkind ist, dem Großstadtkinde bis in das reifere Alter fast unbekannt. Die Berliner Arbeiterkinder tanzen miteinander nach den Klängen der Drehorgel auf dem Hofe. Wie dem Rattenfänger folgen sie auch wohl dem Leiermann auf einige Nachbarhöfe. Das ist ihr Tanz. Einen anderen kennen sie nicht. Das Treiben der Dirnen, die „Verhältnisse" usw. lernen wohl manche Schulkinder kennen, in Dorf und Kleinstadt die entsprechenden Erscheinungen aber erst recht.

Zur Berufswahl unserer Töchter

Man schreibt uns: Mehr denn je hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, unsere Töchter, ganz gleich, wes Standes ihre Eltern sind, einem Berufe zuzuführen, der einerseits der weiblichen Wesensart entspricht und anderseits ihnen ein dankbares Feld der Betätigung bietet. Unserer Jugend, unserer Zukunft, den Kleinen, die leider gar zu oft der mütterlichen Liebe und Fürsorge entbehren müssen, zu helfen, ist das nicht ein hoher, in heiliger Beruf? O, wer sie sehen könnte, die leuchtenden Augen der Kinder, wenn ihnen aus berufenem Munde Märchen erzählt werden, wenn sie angelernt werden, aus den scheinbar nebensächlichsten Resten von Papier und Holz u. a. m. noch kleine Gebrauchs- und Spielgegenstände zu formen. Wer mit ansehen durfte, wie alle diese Kleinen mit kindlicher Liebe an ihren Leiterinnen und deren Helferinnen hängen, der wird zugeben müssen, daß der Beruf einer Gärtnerin des Kinderlandes wohl mit zu den schönsten und dankbarsten für unsere Töchter zu zählen ist!

In der altbekannten Weinbaustadt Grünberg, das, umgeben von reichen Waldungen, mit seinen baumbestandenen Straßenzügen abseits vom Getriebe der Großstadt, ein besonders freundliches Gepräge zeigt, unterhält das Diakonissenmutterhaus Bethesda in einem für diesen Zweck besonders angelegten Häuserkomplex ein Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnenseminar, verbunden mit einer Kinderpflegerinnenlehranstalt. Nach Plänen der früheren Leiterin, Fräulein Borchers, deren Name weit über Deutschlands Grenzen hinaus in pädagogischen Kreisen bekannt war, ist dieses Kinderhaus, in dem die jungen Seminaristinnen praktisch und theoretisch ausgebildet werden, erbaut. Die derzeitige Leiterin und langjährige Mitarbeiterin der so früh verstorbenen Fräulein Borchers, ist die Diakonisse Johanna Ernst (staatlich geprüfte Jugendleiterin). Die Ausbildung in den Grünberger Seminaren entspricht den Forderungen, die für das sogenannte weibliche Dienstjahr aufgestellt werden. Darum können auch junge Mädchen, die nicht Berufskindergärtnerinnen werden wollen, aufgenommen werden. Bedeutet doch solche Ausbildung ein wichtiges Stück zur Ausgestaltung der eigenen Persönlichkeit und des eigenen Lebens. Die Ausbildungszeit dauert ein und einhalbes Jahr und schließt mit einer staatlichen Prüfung, die Lehrpläne sind nach den Bestimmungen des preußischen Unterrichtsministeriums ausgearbeitet. Außer dem entsprechenden theoretischen Unterricht, arbeiten die Seminaristinnen praktisch im Kindergarten, Kinderhort und auf der Säuglingsabteilung. Häusliche Arbeiten, Gartenarbeit und Tierpflege ergänzen die zu späterer Anleitung von Kindern notwendigen Kenntnisse. Die dankbare Liebe der Kinder ist eine köstliche Entschädigung für die Mühe und Arbeit. Der Umgang mit den fröhlichen Kindern beglückt und erhält frisch und froh, er erzieht zur Hingabe und entwickelt in den jungen Mädchen die echte Mütterlichkeit. Als Leiterin von Kindergärten, Kinderhorten, Ferienkolonien, Waisenhäusern, Landkinderheimen findet die ältere erfahrene Kindergärtnerin und Hortnerin selbst dauernde Stellung. Auch stellen jetzt schon viele Gemeinden Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen mit Berücksichtigung auf Altersversorgung an.

In den freundlichen Heimen bilden die Schülerinnen und Seminaristinnen einen großen Familienkreis, in dem die ruhrige Leiterin gleichzeitig als Mutter und Hausfrau schaltet.

Prospekte beider Seminare und der Kinderpflegerinnenschule (Aufnahme April und Oktober) verschickt die Leiterin Diakonisse Johanna Ernst.

Die Frau im öffentlichen Leben

Ehrenamtliche Arbeit der Frau

Von Maria Schade.

In der heutigen Zeit sollte jede deutsche Frau, jedes deutsche Mädchen einen Beruf haben. So dient sie am besten ihrem Volke, ihrem Vaterlande. Die verheiratete Frau hat als Gattin, als Mutter einen weitreichenden, vielumfassenden Beruf. Doch neben den verheirateten Frauen gibt es in Deutschland noch eine große Zahl von alleinstehenden Frauen und Mädchen, die keinen Beruf haben, weil sie wirtschaftlich sichergestellt sind. Diese Frauen haben eine ganz besonders hohe Mission zu erfüllen: die ehrenamtliche Betätigung. Gibt es denn etwas Schöneres, als mit Liebe nur für Liebe zu arbeiten? Zu dieser Betätigung sind vor allem die Haustöchter berufen, deren Eltern sich in glücklicher, wirtschaftlicher Lage befinden. Vorüber die Zeiten, in denen die Arbeit der Haustochter außerhalb des Hauses als unvornehm angesehen wurde, in denen es schon Beruf war, Haustochter zu sein. Heute ist Arbeit der Adel der Frau; eine Untätige, eine Müßiggängerin, drückt sich selbst den Stempel der Erniedrigung auf. Und durch die Frauenwelt, auch durch die bis jetzt unbeschäftigte, geht die Sehnsucht nach einem Beruf. Dies zeigt die Tatsache, daß in Deutschland eine Anzahl von Haustöchtern — besonders auf dem Lande — sich verpflichteten, einen Säugling während der gefährlichsten ersten beiden Lebensjahre in ihrem Elternhause zu pflegen. Eine schöne menschenwürdige Betätigung, die aber doch nur vorübergehend ist, nur vorübergehend sein kann. Warum widmen sich diese jungen Helfenden nicht ganz dem Beruf der Wohlfahrtspflegerin, der gerade für die besitzende Frau wie geschaffen ist? Nicht brauchen sie hier zu fürchten, die auf Erwerb angewiesenen Schwestern zu schädigen. Doch müssen die Opferfreudigen sich klar machen, daß es nun ihre Pflicht ist, auch immer opferfreudig zu bleiben, daß es nicht eine momentane Laune sein darf, der sie nur für kurze Zeit willig folgen. Ein Beruf ist es, den sie antreten, ein hoher Beruf, dem nicht nur der Wille genügt, sondern der auch die wohlgeschulte Kraft beansprucht.

Allerlei

Lohn der Frau

Von K. Meitner-Heckert.

Karl der Kühne und Ludwig der Elfte haßten sich aus persönliche Abneigung und machten ihre Länder zum Schauplatz blutiger Kriege. Karl drang bis in das Innere Frankreichs vor und belagerte die Stadt Beauvais. In der Not vereinten sich die Männer und Frauen, um die Stadt zu retten. Während die Männer an den Toren die Feinde zurückhielten, verteidigten die Frauen die Wälle. Die Frauen von Beauvais empfingen die heranstürmenden Feinde mit einem Regen von Steinen und gossen siedendes Blei und Harz auf die Soldaten. Karls Truppen mußten sich zurückziehen, die Belagerung wurde abgebrochen. Ludwig wollte sich den tapferen Amazonen erkenntlich zeigen. Was war ihr Lohn? Der König befahl, daß am Tage, an welchem alljährlich die Stadt Beauvais das Fest des Stadtpatrons, des hl. Andragesme, feierte, die Frauen vor den Männern hergehen dürfen und daß sie von allen Städten des Königsreichs bevorzugt, sich mit jedem Putz, wäre er auch noch so kostbar, schmücken dürfen.

Viele Jahrhunderte früher gestattete der römische Senat der Mutter und der Frau des Coriolans, die den Erzürnten zu überreden wußten, Rom zu verschonen, „Purpurkleider und Goldbänder zu tragen, und jeder mußte auf der Straße den beiden Rettierinnen Roms ausweichen.

Die eitlen Römerinnen, — die eitlen Französinnen, — sie sahen sich durch die Bestimmungen hochgeehrt und ausgezeichnet. Angestammter Charakter oder Tochter Evas?

Vom Büchertisch

General Alfred Krauß, „Die Ursachen unserer Niederlage". J. F. Lehmanns Verlag, München. 2. Auflage. Geheftet ℳ 20, geb. ℳ 26.

Es war das Verhängnis der Hohenzollern und Habsburger, daß sie bei der Wahl ihrer staatsmännischen Ratgeber unfehlbar auf die Minderwertigkeiten verfielen, obgleich ihnen diplomatische Kräfte zur Verfügung gestanden haben, die denen der Entente überlegen waren. Zu ihnen gehört der Verfasser, der hohe militärische mit politischer Befähigung vereinigt. Niederschmetternd ist der Gedanke, daß der Krieg, längst bevor die Zersetzungsarbeit der inneren Feinde in Deutschland und Oesterreich begonnen hatte, durch Bezwingung der schwächsten Waffe unserer Feinde, als welche Krauß das italienische Heer erkannt hatte, zu gutem Ende hätte geführt werden können, wenn dieser Mann den ihm zugedachten Platz erhalten hätte. In der zweiten Auflage widmet er diesen Vorgängen einige Seiten. Jedenfalls verdient das Buch seinen Platz als wichtige Ergänzung neben den Werken von Hindenburg, von Tirpitz, Ludendorff.

Johannes Hering.

Bis in das Elend

Von Max Treu

(Nachdruck verboten)

6. Fortsetzung.

Zu einer Sauf-, Prügel- und Messerstechbude aber hatte unser Gemeindewirtshaus nicht werden sollen, und so hatte man dem Kaspar seiner Zeit die Auflage gemacht, von geistigen Getränken nur leichten Landwein, wie man ihn hier baut, und leichtes, selbstgebrautes Bier zu verschenken, aber keinen Branntwein. Und wie gesagt, das hatte der Kaspar, der selbst auf Ordnung in der Wirtschaft hielt und Sauferei und Streiterei nicht leiden möchte, unverbrüchlich gehalten.

Aber jetzt! Das Bierbrauen macht natürlich Arbeit, und zum Arbeiten hat der Polack keine Lust; von auswärts aber kann er das Bier nicht beziehen, weil es den Transport nicht verträgt, und in dem weinreichen Lande Ungarn auch nur schwer welches zu bekommen ist. Dann weiß aber der alte Schlauberger auch ganz genau, daß seine Gäste den „Wuttki" allem Bier und Wein vorziehen, daß daran mehr zu verdienen ist, als am Bier, und so verschenkte er dann den elendesten Fusel, und dessen Wirkungen haben wir in Geschrei und Gelärm und Gerauf jeden Tag vor uns. Pfarrer Mathias hat dem Polen gütlich zugeredet. Er, Radnicki, solle das Branntweinschenken sein lassen; es wäre Menschen- und Seelenverderb; er, der Pfarrer, wolle dann dafür sorgen, daß ein anderer Bauer im Ort ein leichtes Bier herstelle, wie es Frohdor gehabt, und welches dem Radnicki zu billigem Preise überlassen werden solle. Der Pole aber hat gelacht, wie er es immer tut zum Zeichen, daß alles Reden ihm gegenüber vergeblich ist, und hat gesagt, seine Gäste tränken nun einmal den Wuttki lieber als das dünne Bier, und sie freuten sich, daß jetzt endlich ein Wirt hier wäre, der ihnen den geliebten Trank kredenze und nicht sauer dareinsehe, wie der Kaspar, wenn Branntwein verlangt werde. Da ist der Pfarrer zornig geworden, hat, wie er es im Eifer und Zorn tut, wuchtig mit der Hand auf den Tisch geschlagen und gerufen: „Ihr seid ein Gauner und ein Seelenverderber!"

Auf Polnisch natürlich hat er das gesagt. Aber gewirkt hat's ebensowenig, wie wenn er es auf deutsch gesagt hätte. Der Polack hat wieder gelacht und gemeint, der Herr Pfarrer sei ja gewiß ein braver Mann, aber vom Wirtschaftsführen verstünde er nichts denn sonst müßte er wissen, daß jeder rechtschaffene Wirt seinen Gästen gebe, was diese wünschen, und was ihnen schmeckt.

Damit war die Unterredung zu Ende, und der Pfarrer gestand mir vertraulich, daß er bei den letzten Worten des Polacken diesem ganz, ganz im stillen auch drei vermummte Gestalten mit schlanken Haselgerten gewünscht habe, wie sie vor kurzem dem Kaspar am hellen, lichten Tage erschienen seien.

Bis jetzt aber sind sie dem Polen noch nicht erschienen.

Nun hat man den Beschluß gefaßt, eine zweite Wirtschaft im Dorfe aufzumachen, um den Polen vielleicht durch eine ernsthafte Konkurrenz zu verjagen. Der Bauer Martin Peltz hat sich nach vielem Parlamentieren und Zureden endlich zur Uebernahme bereit erklärt. Gestern hat er sie eröffnet, und ein großes Schild verkündet in deutscher, polnischer und ungarischer Sprache, daß hier die durchfahrenden Fuhrleute Obdach für sich und ihre Rosse und einen guten Trunk Wein und Bier, sowie den dazu gehörigen Imbiß erhalten könnten.

Wer wird nun der Sieger sein?

15. Dezember 1865.

Ringsum Winter! Hoch herab von den ewigen Bergen ist er in Schnee und Eis gehüllt zu uns gestiegen und seine Herrschaft ist keine sanfte. Fußhoch liegt der Schnee, und durch die Lüfte zieht ein klingender Frost, der die Bäume draußen in den Wäldern krachen läßt. Aber man kennt den grimmigen Herrn hier schon und hat sich vorgesehen. Große mächtige Kachelöfen in den Stuben lassen seiner Laune lachen, und meine Schulkinder, Buben wie Mädchen, ziehen Pelzkappen über die Ohren und Pelzfäustlinge über die Hände, und dann tummeln sie sich draußen in der klaren Winterluft, lassen ihre Schlitten von den nahen Anhöhen herab bis in die Dorfstraße sausen, bauen Schneemänner und fechten ihre Fehden in lustigen Schneeballschlachten aus.

Die Kinder des Polen aber lassen sie nicht mitspielen, und wenn etwa einmal eins von den sechsen, die im Alter von vier bis zwölf Jahren stehen, sich in den fröhlichen Haufen mischen will, so stürzt der ganze Schwarm unter lautem Geschrei drauf los, stößt, schubbt und pufft es, bis es weinend in das Haus flüchtet. Nur der älteste, zwölfjährige Junge, ein ebenso kräftiger und strammer wie schmutziger Bengel, wehrt sich und macht von seinen gesunden Fäusten jedesmal herzhaften Gebrauch, so daß nach solcher Fehde der eine oder der andere von den unsern jedesmal mit blauem oder braunen Augen nach Hause kommt.

„Der Radnicki-Joseph war's!" heißt es dann.

„Schlagt ihn wieder, wenn ihr ihn erwischt!" lautet die Gegenrede von Eltern und Geschwistern.

Mir will dieser Kinderkrieg nicht gefallen. Er hat etwas Verrohendes und bringt in die jungen Herzen einen Zug von Unduldsamkeit und Härte, der ihnen in diesen Jahren jedenfalls noch nicht eigen sein sollte. Auch tun mir die Polenkinder zuweilen im stillen leid. Es wären hübsche Kinder, alle sechs, von dem feinen, schlanken, geschmeidigen sarmatischen Typus, blassen Gesichts, mit prachtvollen, großen, ganz dunklen Augen, wenn sie nur nicht so entsetzlich schmutzig wären!

Aber hierfür kann man sie selbst ja nicht verantwortlich machen, sondern nur die Eltern, von denen sie nicht besser gelehrt bekommen und nicht besser sehen. Ich sehe es ihnen zuweilen an, wie gerne sie in der Ferne stehen und zusehen, die größeren trotzig die Hände in den Taschen, die kleinen verlegen den Finger im Mund, und in ihren Augen leuchtet es wie Verlangen und verhaltener Kinderlust. Dann tun sie mir wirklich leid — — —

Und so bin ich denn mit einem Bauern, der mir als Dolmetscher dienen sollte, zum Radnicki gegangen und habe ihn gefragt, ob er denn seine Kinder nicht zu uns in die Schule schicken wollte. Zwar herrsche kein Schulzwang im Lande Ungarn, und niemand könne ihn dazu zwingen, aber gut wäre es doch, wenn die Kinder etwas lernten und mit den anderen Fühlung bekämen. „Wenn Ihr die Kinder polnisch unterrichten wollt", hatte der Radnisi durch den Dolmetscher entgegnet, „dann will ich sie Euch schicken."

„Polnisch?" fragte ich erstaunt. „Das kann ich selber nicht! Und Ihr seid doch hier in einem deutschen Dorfe, wo Ihr Euch der Mehrzahl in Sprache, Sitten und Gebräuchen fügen müßt! Ihr versteht mich, was ich meine?"

Da hatte er wieder sein häßliches, unausstehliches Lachen gelacht und geantwortet:

„Nix deitsch! Gor nix deitsch!"

Und durch den Dolmetscher ließ er dann weiter sagen: er sei Pole und seine Kinder seien Polen und sollten es bleiben. Die Bauern hätten ihn in die Acht getan, weil er Pole sei, und durch seine Kinder werde er ihnen am allerwenigsten den Versöhnungskuß geben.

„Nicht, weil Ihr Pole seid," sagte ich, „hat man Euch geächtet, sondern weil Ihr Euch auf krummen Wegen hier eingeschlichen habt! Deshalb!"

Und wieder lachte er und entgegnete:

„Nix deitsch! Gor nix deitsch!"

Mit dem Dickkopf ist nichts anzufangen, und uns hat man noch Vorwürfe gemacht, weil ich mit ihm verhandelt habe. Man solle die Polenbrut in ihrem Dreck ersticken lassen, sagten uns die Bauern; sie sähen gar nicht ein, warum die Deutschen allewege die Waschmeister der Polen sein sollten — Dank hätten sie dafür doch nicht.

In dieser Beziehung sind die Bauern hart. Keine Gemeinschaft mit dem Hergelaufenen!" so sagten sie, und danach handeln sie. Kein Mensch grüßt den Polen, aber viele speien aus, wenn sie ihm auf der Gasse begegnen. Ich fürchte immer, daß dieser stille Krieg einmal zu einem lauten und offenen werden könne.

Der beste Freund des Radnicki scheint mein alter Bekannter Stawienski zu sein. Er ist fast täglich in der Schänke drüben, und dann sitzen die beiden stundenlang beieinander und führen die eifrigsten Gespräche. Was sie aber reden, weiß kein Mensch.

(Fortsetzung folgt.)

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Finanzielle Wochenschau

(Von unserer Berliner Handelsschriftleitung.)

Bei der Durchführung der Sanktionen und neu angedrohten Repressalien in Gestalt der zum 23. März geforderten einen Milliarde Goldmark, sowie den bis zum 1. Mai zahlbaren 20 Milliarden Goldmark blieb der Börse nur das eine rätselhaft, daß der Markkurs in Neuyork eine so bemerkenswerte Festigkeit zeigte, und darauf gründeten sich auch die Hoffnungen in Finanz- und Börsenkreisen, daß durch Unterstützung Amerikas doch noch letzten Endes ein Kompromiß gefunden werden würde. Die schweren politischen Folgen, auch die eventl. angedrohte Besetzung Bayerns, machte auf die Börse weit weniger Eindruck, als vielmehr die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, insbesondere des durch das englische Strafgesetz beschlossenen Ausfuhrzolles von 50 Prozent auf deutsche Waren. Nicht mit Unrecht befürchtete die Börse, daß die Entente sich bei ihren Wiedergutmachungsforderungen an die noch am meisten zahlungsfähigen Kreise des deutschen Wirtschaftslebens halten werde, und das ist nun einmal die deutsche Industrie. Infolgedessen sieht sie der wirtschaftlichen Zukunft, namentlich in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, mit einem ziemlichen Pessimismus entgegen. Die Wechselwirkung zwischen der festen Haltung des Markkurses einerseits und der traurigen Wirtschaftslage Deutschlands anderseits machte sich denn auch in einer wenig einheitlichen Tendenz und großen Reserve im Börsenverkehr bemerkbar. Die schon in der Vorwoche beobachtete und in der laufenden Woche weiter fortgesetzte Erscheinung, daß die Effektenkurse eine dem Dollar entgegengesetzte Richtung einschlagen, setzte sich in verstärktem Maße fort, und die Ansichten der Börsenkreise gehen dahin, daß wir für die nächste Zukunft mit steigenden Devisen und sinkenden Effektenkursen zu rechnen haben.

Die allgemein gedrückte Börsenstimmung hinderte nicht, daß es in einzelnen Spezialpapieren zu einer vorübergehenden und vielfach recht kräftigen Aufwärtsbewegung kam. So standen am Montanaktienmarkte fast während der ganzen Woche Oberschlesische Werte im Vordergrunde des Interesses. Von ihnen konnten Hohenlohe mit einer Kurssteigerung von 25 Prozent, Laurahütte mit einer solchen von 20 Prozent und Bismarckhütte sowie Kattowitzer mit einer Kurssteigerung von 15 Prozent die Woche verlassen. An dieser Aufwärtsbewegung nahmen auch Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfsgesellschaft und Oberschlesische Eisenindustriegesellschaft mit Kurssteigerungen von 20 Prozent teil. Die Ursache ist ja durch die sehr günstigen Aussichten der oberschlesischen Abstimmung gegeben. Nur fürchtete man, daß ein günstiger Ausfall der Wahlen die Polen zu unberechtigten Uebergriffen verleiten würde, und daß Frankreich wegen des bisherigen Fehlschlages der Sanktionen diesen Uebergriff nach Möglichkeit unterstützen werde, woraus unter Umständen ernsthafte politische Schwierigkeiten entstehen könnten. Im Gegensatz zu der festen Haltung der Oberschlesischen Montanwerte stand die teils reservierte, teils vorwiegend schwächere Haltung der Rheinisch-Westfälischen Industrie. Von ihnen verläßt die Mehrzahl die Woche mit verhältnismäßig geringen Kursverlusten. Wesentlich schwächer waren Buderus mit einem Kursverlust von etwa 30 Prozent, Mannesmann und Phönix mit einem solchen von 10 Prozent. Die Aktien des Eisen- und Stahlwerkes Hoesch waren recht beträchtlichen Schwankungen ausgesetzt, konnten sich aber per Saldo relativ behaupten. Sehr still ist das Geschäft am Markte der chemischen Werte geworden. Auch an Goldschmidtaktien konnte sowohl weder die Baisse noch die Haussespekulation etwas verdienen, da die Kursschwankungen dieses einst so bewegten Papieres sich selten über 10 Prozent hinausbewegten.

Sehr ungünstig wirkte auf den Markt der Elektrizitätswerte die Generalversammlung der AEG. ein. Das gigantische Anwachsen des Kapitals der AEG., das hierdurch der Börse noch einmal deutlich vor Augen geführt wurde, stimmte sie doch recht bedenklich, und auch die von Herrn Rathenau gemachten Auslassungen über die Geschäftslage waren kaum dazu angetan, größere Hoffnungen zu erwecken. Infolgedessen trat in AEG.-Aktien eine beträchtliche Abschwächung ein, die sich vorübergehend den übrigen Elektrizitätspapieren mitteilte. Später konnten sich jedoch Bergmann und Sachsenwerk sowie Siemens & Halske recht gut erholen. Unter den Metall- und Maschinenwerten trat eine sehr auffällige Abgabenneigung für Automobilwerte hervor, unter der Benz und Daimler mit größeren Kursverlusten zu leiden hatten. Man beurteilt die Lage und Aussichten der Automobilindustrie wenig zuversichtlich. Auch Rheinmetall wurde stark angeboten und verloren 25 Prozent. Dagegen bemerkte man Meinungskäufe in Orenstein, die vorübergehend sogar eine stattliche Kurssteigerung erzielten und dann von ihrem Höchstkurs mit 20 Prozent heruntergingen. Gut gehalten zeigten sich die Aktien von Schiffahrtswerften, da das Wiederaufbauprogramm der deutschen Handelsflotte ihnen eine lang andauernde Beschäftigung gewährleisten dürfte. Am Markte der Kaliwerte sieht es nach wie vor sehr still aus, da noch keine Aussichten für eine Besserung der Geschäftslage der Kaliindustrie vorhanden sind. Eine kleine Sensation gab es am Markte der Schiffahrtswerte, in der sprunghaften Aufwärtsbewegung von Deutsch-Australien, die in wenigen Tagen auf Käufe von Großbanken hin um 50 Prozent anziehen konnten. Die Verwaltung hat jedoch bis jetzt alle an der Börse im Umlauf befindlichen Kombinationen energisch dementiert. Im freien Verkehr fielen Mansfelder Kuxe durch eine sehr feste Haltung auf und erreichten einen Kurs von 5150 M auf Gerüchte, daß die AEG irgendwelche Angliederungsabsichten verfolge. Es liegt jedoch für diese Kombination keinerlei Bestätigung vor. Auf den Markt der Kolonialpapiere drückten die in den Generalversammlungen von Otavi und Kaoko gemachten Auslassungen über die Beschränkung der Rechte dieser Gesellschaften. Namentlich bei Otavi wies man darauf hin, daß die wichtigsten Einnahmequelle der Gesellschaft, die Eisenbahn, genommen sei, wodurch auch der Abtransport der gewonnenen Erze sehr verteuert würde, und daß die Rentabilität der Gesellschaft schwer in Frage kommt. Nur Südsee-Phosphataktien fanden zeitweise wieder starken Anhang, wobei man an der Version festhielt, daß die Verhandlungen der Verwaltungsdelegierten eine befriedigende Basis für eine Verständigung geschaffen hätten und neben einer sehr erheblichen Barausschüttung auf eine weitere Beteiligung für die Gesellschaft zu rechnen sei. So kommt die Börse aus einem Gefühl der Unsicherheit und des Schwankens von einem Tag auf den anderen nicht hinaus, so daß die Spekulation sich schon seit längerer Zeit gänzlich zurückhält.

Zolltarifänderungen auf Grund der Handelsbeziehungen mit Schweden

Der deutsch-schwedische Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 2. Mai 1911 ist am 15. März 1921 außer Kraft getreten. Infolgedessen werden die dadurch bedingten Zolltarifänderungen vom 16. März 1921 ab wirksam. Die Aenderungen sind in der Nr. 6 des „Reichszollblattes" abgedruckt und werden, soweit sie das Warenverzeichnis zum Zolltarif und die Anleitung für die Zollabfertigung betreffen, alsbald im „Zentralblatt für das Deutsche Reich" bekanntgegeben werden.

Kalkulation

In der „D. Allg. Ztg." lesen wir: Preise und Gewinne der Industrie werden in unserer heutigen sozialbewegten Zeit in der Oeffentlichkeit breit erörtert, und es wird vielfach das Verlangen laut, Einblick in die Kalkulation zu gewinnen. Aus industriellen Kreisen kann man andauernd die Klage hören, daß eine geordnete Kalkulation, wie sie im Frieden üblich war, bei den heutigen wechselnden Verhältnissen ausgeschlossen ist. In weit stärkerem Maße wie früher ist heute die Kalkulation eine Zufälligkeitsrechnung, die bisweilen mehr als den gewünschten Nutzen, sehr oft aber auch Verlust ergibt. Bedenkt man, daß eine starre Kalkulation uneingeweihten Kreisen vorgelegt werden soll, so kann man die Gefahr ermessen, die den Betroffenen aus einer falschen Beurteilung solcher starrer Kalkulationen bei beweglichen Produktionsunkosten und Absatzverhältnissen erwachsen kann. Eine Prüfung von Kalkulationen für ganze Industrie- und Gewerbezweige ist nach dem heutigen Stand eine Unmöglichkeit, und wenn eine solche vorgenommen wird zwecks Bemessung der Preise, wie z. B. in der Kohlen-, Eisen- und anderen Industrien, hat sie bisher nicht den gewünschten Erfolg ergeben.

Ausfuhr nach Chile

Ein Bericht des Deutschen Generalkonsulats für Chile in Valparaiso vom 23. Dezember 1920, der der Handelskammer zu Berlin zugegangen ist, schildert die wirtschaftliche Depression, die in der zweiten Hälfte 1920 Chile heimgesucht hat und insbesondere die Aussichten des Exportgeschäfts nach Chile für die nächste Zeit gering erscheinen läßt. Es wird daran die Warnung geknüpft, daß solche Firmen, die genügende Erfahrungen im chilenischen Geschäft noch nicht besitzen, in der Anknüpfung direkter Beziehungen sehr vorsichtig sein und sich lieber der Vermittlung der alteingearbeiteten großen chilenisch-deutschen Importfirmen bedienen mögen, die ihre Stammhäuser in Deutschland, meist in Hamburg und Bremen, haben und über die für das Geschäft nach Chile besonders wichtige Kenntnis von Land und Leuten, der geschäftlichen Gewohnheiten usw. verfügen. Wichtig erscheint bei der Ausfuhr nach Chile außer der Einhaltung geschäftlicher Verpflichtungen — wegen deren sich Deutschland bekanntlich leider in den Jahren 1919-20 viele Vorwürfe zugezogen hat — sowohl in Briefen, als auch in etwaigen Aufdrucken der Warenumhüllungen der Gebrauch der deutschen oder, soweit Unkenntnis der deutschen Sprache anzunehmen ist, der spanischen Sprache; dagegen würde Anwendung der englischen oder französischen Sprache von den Chilenen den deutschen Firmen als Mangel an nationaler Würde sehr übel ausgelegt werden und auch auf die geschäftliche Wertung einen ungünstigen Einfluß üben.

Der österreichisch-adriatische Eisenbahngütertarif

Mit dem 1. Februar ist der provisorische Eisenbahngütertarif für die Beförderung von Eil- und Frachtgütern zwischen Triest einerseits und den Stationen der österreichischen Bahnen anderseits in Kraft getreten. Dieser Tarif ist auf dem alten adriatischen Tarif aufgebaut und ermöglicht die direkte Abfertigung der Sendungen mit internationalem Frachtbrief bis Triest loko bzw. Freihafen.

Deutsche Versender können sich diesen Tarif zunutze machen, indem sie die Sendungen mit internationalen Frachtbriefen zur Aufgabe bringen, die Fracht für die deutsche Strecke bis zur Grenzstation im voraus bezahlen und den für die Verfrachtung auf der österreichischen und italienischen Strecke entfallenden Betrag in Lire erlegen. Dieser wird mit Frankaturnota der Grenzstation bekanntgegeben und rückverrechnet. Der Originaltarif kann bei der Zentralverkaufsstelle in Wien I, Bieberstraße 16, zum Preise von 150 Kr. bezogen werden.

Errichtung einer jugoslawischen Handelsagentur in Berlin

In Berlin ist eine privilegierte Handelsagentur des Königsreichs der Serben, Kroaten und Slowenen errichtet worden. Ihre Aufgabe ist, Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien anzuknüpfen und zu fördern. Das Bureau befindet sich in Berlin SW. 19, Sendelstr. 6.

Tüchtiger Kaufmann
der Textilbranche mit reichen Erfahrungen und Stoffkenntnissen für Textilbetrieb linksrhein. Filiale rechtsrhein. als
Teilhaber
gesucht.
Nähere vertrauliche Angaben über bisherige Tätigkeit und evtl. Beteiligungsmöglichkeit u. 1148 212 a. die Hauptgeschäftsst. d. Ztg. erbeten

Kies. Armaturen-, Metall- u. Fassonschraubenfabrik
sucht
tüchtigen, erfahrenen Kaufmann
mit Branchekenntnissen als 1. Verkaufs-Korrespond. und -Disponent. zu sofortigem oder baldigem Eintritt. Geeignete Bewerber mit Kenntn. der französ., engl. und ital. Sprache werden gebeten ausführliche Angebote mit Zeugnisabschr., Referenzen, Bild und Gehaltsanspr. einzus. unter A. 435 an die Hauptgeschäftsstelle d. Ztg.

Transport-Versicherung!
Größeres Versicherungsbüro in Elberfeld sucht für die Bearbeitung des Transportversicherungs-Geschäftes sachlich gebildeten
Beamten
in mittleren Jahren. Nur interessiert arbeitende Herren, die mit dem Innendienst vertraut, aber auch befähigt sind, Verhandlungen zu führen, werden gebeten, ihre Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung unter G 3180 an die Hauptgeschäftsstelle dieser Zeitung einzureichen.

Größere Zellenfabrik
sucht für das Wuppertal geeigneten
Vertreter
der bei den in Frage kommenden Kunden gut eingeführt ist.
Br. u. A. 433 a. d. Exp. d. Ztg.

Armaturen- u. Feinschraubenfabrik Düsseldorf
sucht
branchekundigen, ersten
Kaufmann
als Bureauchef und 1. Buchhalter zum sofort. oder bald. Eintritt. Nur wirkl. tücht ge, sprachenkundige, erfahr. und gewandte Herren, die bereits ähnl. Posten bekleidet haben, wollen ausführl. Angebot mit Zeugnisabschr., Referenz., Bild u. Gehaltsanspr. senden unter A. 436 an die Hauptgeschäftsstelle d. Ztg.

Inhaber älterer, ausdehnungsfähiger Werkzeug-Großhandlung mit guten Bez. im In- und Ausland sucht tüchtigen ernsten und fleißigen
Mitarbeiter
der unbedingt bilanzsicher und befähigt sein muß, das Geschäft selbständig und fördernd zu leiten.
Stellung ist in jeder Bez. aussichtsreich! Wirklich hervorrag. Kraft kann sich auch mit 75—100 Mille beteiligen. — Ausführl. Angab. mit Befähigungsnachweis, die vertraulich behandelt werden, bef. die Hauptgeschäftsstelle d. Ztg. unter A. 445.

Platz-Vertreter
gesucht, die bei dem Handel gut eingeführt sind von leistungsfäh. Rheingauer Weingroßhandlung.
Gefl. Anfragen mit ausführlichen Angaben über Tätigkeit, Umsatz usw. erbeten an
Johannes Ohlig, Winkel (Rheingau).

Gewandtes, zuverlässiges junges
Fräulein
mit guter Schulbildung wird in Elberfeld für Adler-Schreibmaschine und alle Kontorarbeiten zu baldigem Eintritt gesucht.
Ausführliche Angebote mit Gehaltsanspr. erbeten unt. G. 3183 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten

Wirtschafterin
alleinstehend für unser Personalhaus per sofort bei hohem Lohn gesucht. Offerten mit Gehaltsangabe bei freier Station an
Warenhaus S. Rosenau, Hachenburg.

Lehrlingsstelle - Gesuch!
Webereitechnisch gebildeter junger Mann von 23 Jahren, mit Abitur, gewissenhaft und fleißig, sucht kaufmännische Lehrstelle in einer Spinnerei, Weberei od. Großhandl.
Angebote unter Q 444 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Große Metallwarenfabrik sucht zum sofortigen Eintritt eine
perfekte Stenotypistin
Angebote mit Zeugnisabschriften unter Nr 4837 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Kaufmann
40 J., ledig, solide, zuverl., keine Arbeit scheuend, sucht inf. Uebern. d. väterl. Fabr.-Gesch. durch ält. Bruder anderw. Arbeitsf., in k. ält. sol. Fabr. oder Engros-Geschäft bezw. Unterstützung eines ält. Herrn bei Aussicht auf spät. Beteil. od. Uebern. Kapital vorh. Gefl. Off. u. G 3194 a. d. BMZ Elberf.

Fabrikanten-Vertretung
sucht Berliner Haus mit großen Bureau-, Ausstellungs- und Lagerräumen im Zentrum, geschultes Personal, eigene Vertreter und beste In- und Auslandsbeziehungen.
Mögl. bemusterte Off. an Ad. Hopenstein u. Co., Berlin W. 8, Friedrichstr. 181, Tel. Zentrum 11 319.

Russland.
Vertretung d. Berg.-Märk. Eisen- und Stahlwaren-Industrie
sucht Kaufmann, welcher Ende Mai zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse das Land bereist. Selbiger ist 27 Jahre alt, Akademiker, sprachgewandt und mit allen Feinheiten des internationalen Geschäfts vertraut. Zuschriften erbeten unter G 3192 an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Ein in Gelsenkirchen und Umgebung sowie Recklinghausen und Umgebung eingeführter
Reisender
mit guter Kundschaft
sucht Vertretung
eines leistungsfäh. Engros-Hauses d. Kurzwaren-Branche. Off. unt. R. F. 1043 a. d. Ann.-Exp. B. Dickmann, Gelsenkirchen.

Kaufleute! Offiziere!
überh. Angehörige geb. Stände können sich bei erstkl. Aktienunternehm. eine gutbez. Lebensstell. gründen. Vorkenntnisse und Betriebskapital sind nicht erforderlich, jedoch eiserner Fleiß und nie versagende Energie.
Gefl. Offerten unter Nr. 1251 a. d. Hauptgeschäftsstelle d. Ztg.

— Nebenverdienst —
(a. Haupterwerb) durch Ausnützung freier Zeit findet jeder.
Näh. Fritsche, Kassel, Abt. V, 53, Giesbergstraße 36.

Damen u. Herren
mit Bekanntenkr. erzielt dauernd ohne viel Zeitaufwand lohnenden
Nebenverdienst
durch Empfehlung einer Versandfirma d. Lebensmittelbranche. Off. unt. A. 425 a. d. Exp. d. Z.

Jüngerer, unverheirateter Mann mit guten Zeugnissen als
Diener
zum sofortigen Eintritt für kleineren Haushalt gesucht.
Ang.-Note unter A. 442 an die Hauptgeschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Ein zuverlässiger, sauberer
Maschinen-Drucker
für 5- bis 7-farbige Druckmaschine von einer Stoffdruckerei Mitteldeutschlands sofort gesucht.
Angeb. unt. A 446 an die Geschäftsst. d. Bl. erbet.

Pension
Junge Dame aus guter Familie, die unter Leitung der Hausfrau den Haushalt erlernen will, findet zum 1. Mai liebevolle Aufnahme bei erstklassiger Verpflegung, in vornehmer Villa Kassels. Jahrespension. Näheres durch Frau Otto Koch, Kassel, Raabestraße 4.

Werkzeuggroßhandlung sucht tüchtige
Korrespondentin,
die außer der deutschen auch die französische Sprache voll. beherrscht sowie flott stenograph. u. maschinenschreiben k.
Angeb. unt. G. 3189 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Schüler d. Realgymn. m. Obersek.-Reife, guten Zeugnissen u. Kenntniss. i. Stenographie u. Maschinenschreiben sucht für April od. später
Lehrstelle
in einem Exportgeschäft.
Gefl. Angeb. u. b. 174 a. d. Hauptgeschst. d. Z.

Verbands-Geschäftsführer
(auch tücht. Kaufmann), eines gr. wirtschaftl. u. Preisverbandes sucht z. 1. 7. 21, eventl. früher, Leitung eines od. mehr. Verbände, Interessen-Vertr. od. sonst. entspr. Vertrauensst. Ang. erb. unt. G. 3186 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Gebild. Dame
39 Jahre, evangeltsch, aus ersten Kreisen, in allen Zweigen d. Haushalts erfahren, sucht selbständ. Wirkungskreis als Hausdame in nur gut. Hause u. unbesetzt. Gebiet.
Zuschriften mit Gehaltsangabe unt. A. 459 a. d. Exped. d. Blattes.

Verschiedene
Schubladen-Schränke
mit je 52, 28, 20 od. 18 großen Schiebladen für Werkz., Modelle, Zeichnungen, Akten od. dgl. geeignet, gut erhalten, zu verkaufen.
C. W. Bals u. Co., Oese (Kr. Iserlohn).

Ein Fallhammer
100 Kilogr.-Bär, eine Schnellbohrmaschine bis 20 mm, ein Ambos 300 bis 400 Kilo mit zwei Hörnern, zwei Löchern u. Fuhre in vorzüglichst. Zustand erhalt., zu kauf. gesucht.
Frdr. Heber, Remscheid, Tel. 1512 u. 2229.

Putzlappen Polierlappen
jeder Art, liefern in bester Ausführung
Westf. Wasch- und Sortierwerke
S. Meyer, Rheda
Bez. Minden.

Auto
mittlere Stärke, fast neu ganz modern, umständehalber sehr preiswert zu verk. Interessenten wollen schriftliche Anfragen an C. W. Hassel, Elberfeld, Oststraße 62 richten.

Posten gebrauchtes, elektr.
Installations-Material
billig abzugeben. Besichtigung Elberfd., Hofaue 28.
Weißkopf & Co.
Maschinen-Abteilung
Barmen-Ritt.
Telephon 689, 747 u. 978

Habe mehrere gut erhaltene
Fahrräder
billig abzugeben von 300—650 Mk. Prima Decken 65 Mk. an, Schläuche 25 Mk. an. Bill. Bezugsquelle, reelle Bedienung. J. Niese, Hagen, Frankfurterstraße 60. — Fahrräder, Motorräder.

Holzwolle
für Verpackungszwecke in allen normalen Stärken
Holzwollseile
für Gießereizwecke, fest gedrillt, 5, 10, 15, 20 25 und 30 mm Durchmesser
liefern prompt
Georg Blanck
G. m. b. H.,
Abt. Holzwollfabrik und Seilerei
Wipperfürth (Rhld.)
Jahresproduktion 10 Millionen kg Holzwolle, 42 Millionen Meter Seile.

Shapingmaschinen
mit Räderkasten, 350, 500, 650 Hub, mod. verb. Konstr., drehb. Maschinenschraubst. sof. od. kurzfristig liefert Friedr. Klopp, Spezialfabrik für Shapingmaschinen, Wald-Solingen 5.